

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 45.—
halbjährlich 90.—
jährlich 192.—

Zustellung von Mann-
schaften erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh

6. Jahrgang.

Freitag, 24. September 1926.

Nr. 224.

Deutsche Treue.

In der von dem landbündlerischen Senator Křepel gegen Dr. Šodgman angestregten Ehrenbeleidigungssklage hat das Leitmeriger Kreisgericht Dr. Šodgman verurteilt. Während des Prozesses wurde der eigentliche Gegenstand der Verhandlung fast gänzlich in den Hintergrund gedrängt und verschiedene der Zeugen- und Sachverständigen Aussagen dem staunenden Publikum Kulissengeheimnisse der parteipolitischen Bühne des deutschen Bürgeriums, die für die Naturgeschichte der deutschbürgerlichen Politik als weitaus interessanter angesehen werden müssen, als das Substrat der Klage, das übrigens auch nach dem Spruche des Gerichtes in Dunkel gehüllt ist und durch das Urteil des Richters keineswegs eine Klärung erfahren hat. Doktor Šodgman hat bekanntlich einige Tage vor den letzten Parlamentswahlen an den Bund der Landwirte eine „offene Anfrage“ gerichtet, in der er sagte, es sei der Parteileitung der Landbündler bekannt, daß ihm (Šodgman) die Anzeige gemacht worden sei, Křepel, der damals Obmann des parlamentarischen Klubs des Bundes der Landwirte war, stehe im Verdachte, sich einer Urkundenfälschung an einem Einlagebuche der böhmischen Eskomptebank schuldig gemacht zu haben. Er (Šodgman) habe festgestellt, daß auf dem Blatte in dem Einlagebuche Křepels tatsächlich zwei gefälschte Unterschriften seien. Am 22. Oktober, also fast drei Wochen vor Abendung der „offenen Anfrage“, habe er dem landbündlerischen Abgeordneten Dr. Hanreich davon Mitteilung gemacht, damit er die Parteileitung des Bundes der Landwirte davon verständige, doch sei nichts geschehen und er frage den Bund der Landwirte, was dieser zu tun gedenke und ob Křepel darnach würdig sei, das Amt eines Volksvertreters zu bekleiden. Der Richter erklärte in der Urteilsbegründung, daß der Wahrheitsbeweis in keinem Teile gelungen sei, was insofern richtig ist, als Dr. Šodgman den Wahrheitsbeweis gar nicht angetreten, sondern erklärt hat, er habe nicht direkt behauptet, Křepel selbst habe die zweifellos vorliegende Fälschung begangen. Im übrigen habe er nur im öffentlichen Interesse gehandelt, als er vom Bund der Landwirte die Klarstellung der Angelegenheit forderte. Was im Prozeßverfahren festgestellt wurde, das ist, daß Herr Křepel im Jahre 1920 bei der Eskomptebank in Leitmeritz ein auf seinen Namen lautendes Bankeinlagebuch eingereicht habe, in dem sich ein loses Blatt befand, das die gefälschten Unterschriften zweier Beamten der Bank aufwies. Křepel erklärt, er habe das Buch mit dem losen Blatt von der Bank erhalten, wer die Fälschung begangen hat, wisse er nicht, es wurde auch nicht festgestellt. Das Gericht hat Doktor Šodgman weder guten Glauben noch Wahrung eines öffentlichen Interesses zugestanden, und hat ihn schuldig gesprochen, dennoch bleibt ein geheimnisvoller Rest zurück, der vielleicht, da gegen das Urteil die Berufung und Nichtigkeitsbeschwerde eingebracht wurde, noch geklärt werden wird.

Aber das Rätsel des gefälschten Blattes im Einlagebuche Křepels war wirklich nicht das Bemerkenswerteste in diesem Prozeß, in dem ein ganzer Olymp von Abgeordneten, Senatoren, Parteiführern und Redakteuren aufmarschierte und der Welt ein Schauspiel bot, wie man es wirklich nicht alle Tage zu sehen bekommt. Es war besonders der Bund der Landwirte, dessen führende Persönlichkeiten im wahrsten Sinne des Wortes brillierten. Es waren natürlich durchwegs treudeutsche Männer, die in diesem denkwürdigen Schauspiel auftraten, aber was sie agierten, das war alles eher als ein Selbsterweis, zeugend von deutscher Treue und deutscher Ehrlichkeit. Menschliche Unzulänglichkeiten gibt es wohl auch anderswo, und es mag auch sein, daß Menschen, die für eine gemeinsame Idee, für ein gemeinsames politisches Ziel kämpfen, auch anderswo einander nicht immer von Herzen zusetzen sind, aber ein solcher Rattenkönig von Intrigen und Gehässigkeiten, wie er bei den biederen Landbündlern zutage trat, ist schon, auch wenn man das moralische Niveau der bürgerlichen Politik

Stresemanns Kriegsschuldrede mißfällt.

Eine unangebrachte Konzession an die Deutschnationalen? — Unlieb-
same Ueberrumpfung in Paris.

Berlin, 23. September. (Eigenbericht.) Heute nachmittag ist Dr. Stresemann in Berlin eingetroffen; er erstattete abends dem Reichspräsidenten Bericht über die Ergebnisse der Genfer Beratungen sowie über die Aussprache mit Briand. Morgen vormittag soll die Berichterstattung im Reichskabinett erfolgen, das ohne Zweifel die Haltung der Genfer Delegation billigen und Stresemann beauftragen wird, die Besprechungen über den deutsch-französischen Ausgleich baldmöglichst fortzusetzen. Anfangs der nächsten Woche werden die Ministerpräsidenten der Länder nach Berlin berufen werden, um sie über den Stand der außenpolitischen Lage zu informieren. Auch der auswärtige Ausschuss des Reichstages soll zu diesem Zwecke baldmöglichst zusammentreten.

Wenn auch die Haltung der deutschen Delegation in Genf außer bei den Deutschnationalen und Kommunisten auf keinen Widerspruch stoßen wird, so wird doch voraussichtlich an den Außenminister das Verlangen gestellt werden, nähere Auskünfte über seine vierabend-Rede vor der deutschen Kolonie in Genf zu geben. Wenn man auch die Versicherungen, daß Stresemann Briand vorzeitig festlegen wollte, nicht teilt, so scheint es doch, als ob Stresemann den Auffassungen gewisser national-sowjetischer Politiker mehr entgegenkommen ist, als der jetzt angustierenden Ausöhnung zwischen Deutschland und Frankreich dienlich sein konnte.

Offenbar scheint es Stresemann darauf abgesehen zu haben, die Deutschnationalen mit seiner Außenpolitik zu versöhnen und damit den Boden für die künftige Reichsregierung vorzubereiten.

noch so niedrig einschätzt, nichts Alltägliches. Was soll man beispielsweise dazu sagen, daß der Anwalt des Herrn Křepel, als Dr. Hanreich vereidigt werden sollte, gegen diese Vereidigung Stellung nahm, da Hanreich dem Dr. Šodgman sehr nahe stehe, ihm Zuträgerdienste geleistet und das Gerichtsverfahren zu verschleppen gesucht habe! Beide, Křepel und Hanreich, gehören dem Bund der Landwirte an, gehören zu seinen prominentesten Führern, aber einer traut dem andern nicht über den Weg, einer beschuldigt den andern, dem politischen Gegner, der doch Dr. Šodgman ist, Zuträgerdienste geleistet zu haben und hält ihn sogar für fähig, zugunsten des politischen Gegners einen Meineid zu schwören, beide bleiben auch nachher, als ob nichts geschehen wäre, in deutscher Treue verbunden. Mitglieder und Führer derselben Partei! Dann tritt der Chefredakteur des Hauptorganes des Bundes der Landwirte auf und erzählt Geschichten aus der deutschagrarischen Hauslichkeit, daß man sich mit Grausen abwenden. Da ist ein gewisser Schimana, der heute bei der Seite der Alldeutschen für deutsche Art und deutsche Reinheit sorgt, der war früher deutscher Landbündler und wollte Landesauschuhmitglied werden, wogegen aber Křepel auftrat und sogar den Ministerpräsidenten dahin informierte, da gegen Schimana schwere Bedenken vorlagen. Schimana wurde daraufhin Alldeutscher — „durch Einheit zur Reinheit“ — und half den Feldzug gegen Křepel inszenieren. Ueber Dr. Hanreich erzählte der erwähnte Chefredakteur, er habe ihn eines Tages beselste genommen und habe über Křepel gesagt: „Der Alte muß weg. Wir planen etwas ganz Neues. Die Partei muß umgestellt werden! Wir sind jetzt an der Arbeit, dazu können wir aber Křepel nicht brauchen.“ Und später einmal habe sich Dr. Hanreich geäußert: „Es besteht die Absicht, Křepel vollkommen hinwegzuräumen und es soll der Mayer an seine Stelle kommen.“ Prächtig ist auch, was der Sekretär des Bundes der Landwirte über Mayers Stellung zu dessen eigener Partei sagte: Gegen den Bund der Landwirte sei von den Gegnern eine systematische Hebe geführt worden, gegen welche der Bund Abwehrversammlungen veranstaltete. Der Abgeordnete Mayer habe aber an keiner ein-

Paris, 23. September. Die Rede Stresemanns in Genf hat in Paris unliebsame Ueberrumpfung hervorgerufen. Die heutigen Morgenblätter bringen außer dem vollständigen Text und der nachträglich hierzu erfolgten Erklärung Kommentare, worin sie offen sagen, Stresemann habe in bedauernder Weise Nachsicht und Takt außer acht gelassen. Die Reichspresse weist die Rede in energischen Worten zurück, insbesondere den Absatz über die Unschuld Deutschlands am Kriege und die kategorische Art und Weise, in der Stresemann öffentlich die Forderungen Deutschlands auf vollständige und unverzügliche Räumung des Rheinlandes bekanntgab und die Ansprüche auf Kolonialmandate ankündigte. Die großen Informationsjournale, wie „Petit Parisien“ und „Matin“, die bis jetzt der Beschleunigung der französisch-deutschen Verhandlungen günstig gesinnt waren, verhehlen nicht ihr Mißfallen.

Nach dem „Echo de Paris“ seien gestern die amtlichen und Regierungskreise äußerst unzufrieden gewesen. Eine Reihe von Blättern bringt darauf, daß die französische Regierung in der Angelegenheit eine Erklärung abgebe. Briand will jedoch außerhalb Paris und Poincaré behalte sich sein Urteil für die Montagsrede in Paris vor. Es sei auch möglich, daß eine Erklärung über die Unantastbarkeit des Versailler Vertrages im Hinblick auf die französisch-deutschen Verhandlungen bereits Sonntag in St. Germain bei einem Bankett der während des Weltkrieges Verbündeten, bei dem er den Vorsitz führen wird, abgegeben werde.

nigen dieser Versammlungen teilgenommen, er habe sie fogar geradezu sabotiert! Der Abgeordnete einer Partei, der vom Sekretär derselben Partei beschuldigt wird, Aktionen der eigenen Partei zu sabotieren, das ist wohl ebenso eine Spezialität des treudeutschen Bundes der Landwirte wie die Tatsache, daß dieser Abgeordnete noch immer dieser Partei angehört.

Der pikanten Details gab es noch eine Menge, so die Erzählung des Chefredakteurs der „Landpost“, seine Unterredung mit Doktor Hanreich, bei der Hanreich äußerte, Křepel müsse aus dem Wege geräumt werden, sei im — Prager tschechischen Repräsentationshause (1) vor sich gegangen. Vorher hat Dr. Hanreich vorgeschlagen, den Schauplatz der deutschen Tat in eine — Bar (1) zu verlegen, aber dann entschied man sich für das tschechische Repräsentationshaus. Das Bemerkenswerteste aber ist, was über die Geschichte der Einheitsfront in der Verhandlung an den Tag kam. Der bekannte Aufruf des Bundes der Landwirte zur Bildung einer nationalen Einheitsfront wurde abgefaßt und mit der Unterschrift Křepels versehen, ohne daß Křepel den Aufruf vorhergesehen hätte und ohne daß er mit ihm einverstanden gewesen wäre! Der Vorsitzende des parlamentarischen Klubs der Landwirte bekommt einen Aufruf der Partei vor der Drucklegung überhaupt nicht zu Gesicht und es wird seine Unterschrift darunter gesetzt, ohne ihn vorher auch nur über seine Meinung zu befragen! Welch eine erbärmliche Komödie wurde mit dieser Einheitsfrontparole den Wählern vorgespielt! Und was das Schönste ist: der Klubobmann läßt alles geheißen, wehrt sich nicht gegen den Vertrag, der seine Fortsetzung noch in weiteren Aufrufen findet!

Der Prozeß hat den Fall Křepel, soweit er die Ehrenbeleidigung betrifft, zu einem vorläufigen Abschluß gebracht, wenn er auch manches im Dunkeln läßt. Selbes Licht aber hat er über die deutschbürgerliche Politik und ihre Drahtzieher verbreitet. In diesem Sinne hat er Aufklärung verbreitet, die wert ist, in dauerndem Gedächtnis gehalten zu werden.

Die Einigungsverhandlungen der sozialistischen Parteien in Norwegen

Der „Social-Demokraten“ in Kopenhagen bringt in seiner Nummer vom 20. August 1926 unter dem Titel „Norwegen“ folgenden Artikel über die Einigungsverhandlungen der sozialdemokratischen Partei Norwegens, die der S. A. J. angeschlossen ist, mit der „Arbeiterpartei“:

Die im Gange befindlichen Verhandlungen über den Zusammenschluß der norwegischen Sozialdemokratie und der norwegischen Arbeiterpartei bilden einen hervorragenden Gegenstand der Diskussion der ganzen norwegischen Presse. Aber während sich unser sozialdemokratisches Zentralorgan, „Den nye Socialdemokraten“, noch abwartend verhält, so führt Tranmæl (der Führer der Arbeiterpartei) in seinem Blatte „Arbejderbladet“, eine energische Propaganda für den Zusammenschluß. Wie bekannt, stehen noch zwei Fragen zwischen den beiden Parteien. Die eine ist die Stellung zur Diktatur und die zweite ist, ob die norwegische Arbeiterklasse, wie es die norwegische Sozialdemokratie fordert, sich der Internationalen anschließen oder sich ohne jede internationale Verbindung organisieren soll.

Was die Diktatur anlangt, so hat Tranmæl diesen Vogel bereits fliegen lassen, er hat in seinem Blatte erklärt, daß sich die Diktatur heute überlebt habe. Diese Erklärung ist darum interessant, weil er feineren gerade wegen dieser Frage die alte norwegische Arbeiterpartei gespalten hat. Natürlich ging das nicht ohne Proteste in Tranmaels eigenen Blättern ab, aber im großen und ganzen ist die Frage der Diktatur für Tranmæl erledigt und nur der Anschluß an die Internationale steht nunmehr zur Diskussion. Aber auch in dieser Frage hat sich Tranmæl eines besseren besonnen. Bezeichnenderweise hat sich sein Stockholmer Korrespondent an den früheren schwedischen Kommunisten Höglund (der 1924 von den Kommunisten ausgeschlossen wurde und im vorigen Jahre mit seiner unabhängigen kommunistischen Partei zur Sozialdemokratie zurückkehrte. Red.) mit der Frage gewendet, wie er sich nun nach seinem Wiedereintritt in die schwedische Sozialdemokratie befindet. Die Antwort Höglunds war eine sehr befriedigende; er empfahl den Zusammenschluß der norwegischen Arbeiterpartei aufs dringendste, ja, Höglund ging noch weiter, denn er warf nicht nur die Diktatur über Bord, sondern sprach sich über die Internationale folgendermaßen aus:

„Vor allem ist festzustellen, daß es nur eine Internationale gibt, und das ist die Sozialistische Arbeiter-Internationale. Die sogenannte Kommunistische Internationale besteht nur aus der russischen Kommunistenpartei und den von ihr bezahlten Agenten in anderen Ländern. Der russische Bolschewik Redwedjew charakterisierte selbst diese ausländischen sogenannten kommunistischen Parteien als kleinbürgerliche Partikularisten, die sich für russisches Geld verkaufen haben. — Höglund sagt weiter, da die russische Partei in ihrem eigenen Lande eine staatskapitalistische und bürgerliche Politik führe, könne diese sogenannte Internationale nicht den mindesten Zusammenhang mit dem Sozialismus nachweisen, nicht einmal einen deologischen. Der Untergang der kommunistischen Internationale und der Niedergang der russischen Revolution ist eine große Tragödie, die aber in ihren Folgen eine Menge von Lächerlichkeiten und Komödien birgt. Der Kampf, der nun in der russischen Partei vor sich geht, und sich auch um die Parteilager Einowjew dreht, ist erfüllt von lächerlichen Kleinigkeiten und nur das eine steht fest: der Bolschewismus in Rußland hat den Bolschewismus in Westeuropa erschlagen. Die Kommunistische Internationale existiert nicht mehr! Selbstredend findet sich auch bei der Sozialistischen Internationale manches, das nicht nur der norwegischen Partei nicht zusagt, auch die Parteien anderer Länder waren mit manchem nicht zufrieden, denn einzelne dieser Parteien haben schwere Sünden auf dem Gewissen, aber man darf doch nicht vergessen, daß der überwiegende Teil der europäischen Arbeiterklasse in dieser Organisation steht und daß ein Mann wie Friedrich Adler an ihrer Spitze steht, ein Mann, dessen revolutionäre Gesinnung und dessen persönlicher Charakter über allen Zweifel erhaben ist.“

Soweit Höglund, dessen Äußerungen gewiß interessant sind. Aber noch interessanter

sind folgende Bemerkungen, welche Traumaels Korrespondent daran knüpft, ohne daß Traumaels ihnen widerspricht.

„In der norwegischen Arbeiterpartei gibt es nicht viele, die nicht mit Höglund einig wären, besonders daran, was er über die Internationale sagt. Die Worte Höglunds bilden eine Grundlage für eine Diskussion über die Frage: Ist noch überhaupt Aussicht vorhanden, die streitenden Internationalen zu vereinigen? Ist die

Ausscheidung der Dritten Internationale nicht schon so weit vorgeschritten, daß sie überhaupt gar nicht zählt? Und ist vielleicht heute die Frage nicht die: Sollen wir außerhalb einer internationalen Verbindung bleiben oder den Anschluß an die Sozialistische Internationale suchen?“

Unser norwegisches Bruderblatt „Den nye Socialdemokraten“ fügt diesen Ausführungen bloß die eine Bemerkung hinzu: „Wir lassen diese Worte für sich selbst sprechen.“

Dr. Lodgman verurteilt.

Der Wahrheitsbeweis nicht erbracht! — Keine Wahrung öffentlicher, sondern nur von Parteiinteresse

Donnerstag gegen 2 Uhr früh verkündete der Vorsitzende des Schöffengerichtes in Leitmeritz nach einstündiger Beratung des Gerichtshofes das Urteil im Ehrenbeleidigungsprozeß Krepel gegen Lodgman.

Demnach wird Dr. Lodgman des Vergehens gegen die Sicherheit der Ehre nach § 488 des Strafgesetzbuches schuldig erkannt und zu strengem Arrest in der Dauer von drei Wochen verurteilt, die Strafe gleichzeitig in eine Geldstrafe von 3000 Kronen umgewandelt; an deren Stelle hat im Uneinbringlichkeitsfalle die frühere Arreststrafe zu treten. Dem Verurteilten wird der bedingte Strafsaufschub mit einer Prüfungszeit von zwei Jahren gewährt.

Weiters wird der Beschuldigte zum Ersatz der Kosten, insbesondere zum Ersatz der Kosten an den Privatkläger verurteilt. Die Festsetzung der Höhe dieser Kosten wird einem besonderen Gerichtsbeschlusse vorbehalten. Nach Meldungen des Pressebüros betragen diese Kosten ungefähr 20.000 Kronen. Weiters ist das Urteil im „Nordböhmischen Tagblatt“, in der „Landpost“ und in der „Bohemia“ zu veröffentlichen.

In der Urteilsbegründung heißt es u. a., daß dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis, daß Krepel die Fälschung begangen habe, zur Gänze nicht gelungen ist. Auch die spätere Einwendung, daß der Beschuldigte im öffentlichen Interesse gehandelt habe, konnte der Gerichtshof nicht gelten lassen; der Gerichtshof hat vielmehr angenommen, daß es sich um ein Parteiinteresse handelte. Bei der Bemessung der Strafe wurde kein erschwerender Umstand angenommen, als mildernd das bisherige Wohlverhalten und das Geständnis des Tatsächlichen. Dem Antrag auf Zuerkennung einer Buße nach § 17 des Strafgesetzbuches wurde nicht entsprochen, da der Angeklagte wenigstens im Zuge des Verfahrens bemüht war, einen Vergleich zu bewerkstelligen.

Aus den Verhandlungen des Mittwoch nachmittags heben wir noch folgendes hervor:

Abgeordneter Mayer-Eger schildert als Zeuge, wie Lodgman im September 1925 mit ihm über die Schaffung einer Einheitsfront verhandelte. Mayer sollte den Bund der Landwirte und die Nationalpartei zusammenbringen, alle anderen Parteien würden dann mitgeriffen werden. Dann sei es später zu der schon erwähnten Besprechung gekommen, über deren Verlauf strengste Vertraulichkeit vereinbart wurde. Auf eine Frage Lodgmans, ob Mayer den Eindruck gehabt habe, daß es sich ihm bloß um die Wahrung von Parteiinteressen gehandelt habe, erklärt Mayer: Wenn er nicht den Eindruck gehabt hätte, daß Lodgman nicht das große Ganze im Auge gehabt hätte, sondern bloß um die Erhaltung der Nationalpartei besorgt gewesen wäre, so hätte er

(Mayer) in der ganzen Angelegenheit nichts weiter unternommen.

Senator Hartl erklärt, daß Krepel gegen die Einheitsfront und für die Isolierung der Nationalpartei gewesen sei.

Die Schriftsachverständigen geben hierauf ihr Gutachten dahin ab, daß eine besondere Technizität zwischen der Schriftprobe des Senators Krepel und der Handschrift auf dem Einlagebogen nicht bestehe. Krepel habe weder die Fälschung noch die Unterschriften nachmachen können.

Der Privatkläger Krepel wird als Zeuge trotz des Widerspruchs der Verteidigung vernommen und erklärt, daß er vor dem 25. Oktober 1925 von der Angelegenheit keine Ahnung hatte. In diesem Tage habe ihn Janoušek davon benachrichtigt. Er habe sich sofort an die Eskomptbank gewendet, die ihm zurüchschrieb, daß an seinem Vorgehen nicht der geringste Mangel bestehe und daß gegen Bogler die Disziplinaruntersuchung eingeleitet worden sei.

Auf Befragen erklärt Zeuge, er habe den Eindruck, daß Lodgman ihn hasse und daß dieser das auf die Sprengung des parlamentarischen Verbandes zurückgehe.

Krepel gibt dann noch eine Erklärung ab, daß ihm Lodgman im Jahre 1920 ein Ruberit mit 20.000 Kronen zur beliebigen Verwendung übergeben habe; Lodgman erklärte, er könne annehmen, daß das Geld von einem unbekanntem Wohlwäter für Wahlzwecke der Partei gespendet werde. Krepel habe das Geld verwahrt und den Parteiführer verständigt.

Eines Tages habe ihn Lodgman im Parlament zu einer Besprechung eingeladen und ihn ersucht, er möge auf Rechnungen der ehemaligen deutschböhmischen Landesregierung seine Unterschrift setzen. Krepel verteidigte dies mit der Begründung, daß er der Landesregierung nicht angehört habe, und als Lodgman auf dieser Forderung verharrte, gab er ihm die 20.000 Kronen zurück.

Lodgman erklärt hierauf, daß er die Herren nur eingeladen habe, die Abrechnung entgegenzunehmen; sie hätten dies aber abgelehnt.

Ueber den Aufruf zur Einheitsfront gibt Krepel an, daß das Konzept hierzu gar nicht von Hanreich verfaßt sein konnte; bei der Wiedergabe in der „Landpost“ seien ganze Sätze weggelassen, ohne daß dies Hanreich überhaupt gemerkt habe.

Nach den Plädoyers der Rechtsvertreter zieht sich der Gerichtshof gegen halb 1 Uhr nachs zur Beratung zurück, die ungefähr eine Stunde dauert. Sodann verkündet der Vorsitzende unter lautloser Stille der zahlreich versammelten Zuhörer das Urteil, gegen das der Verteidiger Berufung und Nichtigkeitsbeschwerde anmeldet.

Die neueste Form des Klassentampfes.

Die Kommunisten behalten lieber die Umsatzsteuer, als daß sie den Arbeitern „Illusionen“ vormachen.

Der Reichsberger „Vorwärts“ ist in großer Verlegenheit, wie er seine Stellungnahme zur Frage der Abschaffung der Umsatzsteuer nachträglich rechtfertigen soll. Der Nachweis, daß die Kommunisten in einer lebenswichtigen Frage der Arbeiterschaft der feuergeirrigen Regierung die Argumente an die Hand liefern, ist begreiflicherweise unangenehm für die Betroffenen. Die triviale Kampfweise der Kommunisten, die auf jede Forderung der Gegner ganz automatisch mit einer Gegenparole reagiert und sich den Sozialdemokraten gegenüber schon einigemale erhebliche Mantiert hat, holte sich diesmal bei der gewöhnlich glücklicher verlaufenden Parade auf einen kapitalistischen Dieb, der ausnahmsweise nicht gegen die Arbeiter, sondern gegen die Regierung ging, eine Blamage, die für die gesamte Arbeiterbewegung von großem Schaden sein muß. Erst als er die Oberseite pariert hatte, merkte er, daß sie diesmal nicht ihnen gegolten hatte. Die Leichtfertigkeit der Kommunisten, ihr demagogisches Spiel mit den Interessen der Proletarier wird sofort offenbart, wenn ein so krasser Fall die Arbeitsmethoden aufdeckt, mit denen im Moskauer Lager „Klassenkampf“ getrieben wird.

Die Rechtfertigung des „Vorwärts“ zerfällt in zwei Teile. Er weist erstens nach, daß die Sache mit der Umsatzsteuer gar nicht so gemeint war:

„Der Sozialdemokrat“ hat einen neuen plumpen Schlagler gegen die Kommunisten entdeckt. Unter der Überschrift: „Die Kommunisten für die Umsatzsteuer“ bringt er ein Zitat aus dem Leitartikel des „Vorwärts“ vom vergangenen Freitag, in dem ausgesprochen wird, daß die Herabsetzung der Umsatzsteuer, die von dem Industriellenverbande Gobas gefordert wurde, nicht zu einer Herabsetzung der Preise führen würde. Es handelte sich um eine Kritik der letzten Erklärung dieses Schaffmachers des Industriellenverbandes und die Ausführungen hatten, wie aus dem ganzen Artikel hervorgeht, höchlich nur den Sinn, aufzuzeigen, daß es sich um einen plumpen Schwindel handelt, wenn Gobas von der Herabsetzung der Umsatzsteuer spricht. Es wurde angeführt, daß diese Maßnahme allein in Deutschland noch zu keinem Preisabbau geführt hat, sondern, daß die Differenz in die Taschen der Kapitalisten gelassen ist. Damit wurde nur ausgedrückt, daß die Arbeiterschaft sich nicht mit der Herabsetzung der Umsatzsteuer allein begnügen kann, ohne daß gleichzeitig ein entsprechender Preisabbau durchgeführt wird. Dieser selbstverständliche Sinn unserer Ausführungen wird vom „Sozialdemokrat“ nun in dem Sinne verdrückt, daß wir gegen eine Herabsetzung der Umsatzsteuer seien, wovon natürlich keine Rede sein kann.“

Hier handelt es sich um das schäblichste Geständnis eines erlappten Tändlers, der sich selbst erst einreden muß, es sei doch nicht so schlimm. Damit unsere Leser sich ein Bild davon machen können, wie „selbstverständlich“ der Sinn der Stelle im „Vorwärts“ war, drucken wir sie nochmals ab:

Weiters ruft er (Gobas) nach der Herabsetzung der Erwerbs- und Umsatzsteuer. Die Kapitalisten sollen also noch weniger Steuern von ihrem Erwerb“, auf gut deutsch Rand, bezahlen als bisher. Die Arbeiterschaft soll es bezahlen. Was die Umsatzsteuer anbelangt, so führt eine Herabsetzung der Umsatzsteuer eben nicht zu einer Herabsetzung der Preise. Deutschland, auf das

sich Dr. Gobas immer bezieht, beweist es ja. Man hat dort die Umsatzsteuer in ganz kurzer Zeit von zweieinhalb Prozent auf dreieinhalb Prozent herabgesetzt, aber die Preise stiegen. Die Differenz fiel in die Tasche der Kapitalisten. Und bei uns wird es nicht anders kommen. Die Herabsetzung der Umsatzsteuer würde nicht, wie die Kapitalisten der Arbeiterschaft heute vortäuschen wollen, einen Rückgang der Preise hervorrufen, sondern nur den Profit der Kapitalisten erhöhen.“

Einen Preis demjenigen, der hier den „selbstverständlichen Sinn“ findet, daß nur bei gleichzeitiger Preisabbau — von dem mit seinem Sterbensworte die Rede ist — die Aufhebung der Steuer Erfolg hätte! Es ist übrigens sehr geistvoll von einem Kommunisten, die Aufhebung einer Konsumsteuer für ein unwirksames, eine staatliche „Preisabbau“-Politik aber für ein wirksames Mittel zu halten, in der kapitalistischen Wirtschaft etwas zu ändern. Nicht nur die Theorie, sondern auch die hundertmal erlebte Praxis beweisen, daß es umgekehrt ist, daß ein befreiter Preisabbau die Kapitalisten an den Schiebergeschäften noch nie gehindert hat, daß aber die Entfesselung der Konkurrenz, die mit der Aufhebung der Steuer bewirkt wird, die Händler zwingt, mit den Preisen herantretzugehen.

Der läppische Versuch der Entschuldigung dieses Einschmuggeln eines Sinnes, der nicht gemeint war, das Geständnis des Irrtums lassen es wahrscheinlich erscheinen, daß die Kommunisten tatsächlich nicht gegen die Aufhebung der Steuer sind. Es mag schon so sein, daß dem „Vorwärts“ nur ein urdummer Schnitzer passiert ist, daß ein Schablonenschreiber verneinte, eine originelle Idee zu haben und die Partei heillos blamierte. Aber da er die Sache gutmachen will, verfaßt er in den alten Fehler und weist im zweiten Teil der Rechtfertigung nach, daß er zurecht doch Recht hatte, wenn er für die Steuer eintrat, da es eine Interessengemeinschaft der Arbeiter und der Industrie nie gebe:

„Die Arbeiter sollen sich also an dem Kampfe ihrer Bourgeoisie um die Absatzmärkte beteiligen, weil die Bourgeoisie ihr dafür ein paar Knochen und den sozialdemokratischen Führern fettes Fleisch gibt. Was macht, wenn bei diesem Kampfe die Arbeiter der anderen Länder wiederum die Geißel der Arbeitslosigkeit zu verspüren bekommen. In solche Widersprüche verwickelt man sich, wenn man für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung ist.“

Somit ruft er also nie um Märkte und Rohstoffquellen gekämpft? Kommunisten haben nie eine Verbesserung der Ausführungsbedingungen verlangt! Wir möchten nur gern wissen, warum die Kommunisten dann gegen die Zölle sind? Die verschlechtern doch auch die Ausführungsbedingungen unserer Industrie, also müßte ihre Beibehaltung eine kommunistische Forderung sein.

Es ist eine Unsumme von Fehlern und Unsinn in den Neuherungen des „Vorwärts“ enthalten und wenn es nur darum ginge, ob er böswillig oder dumm war, als er sich für die Umsatzsteuer einsetzte, könnte man den Beweis, es sei nur Dummheit gewesen, als erbracht ansehen und die Akten schließen.

Aber — müssen wir fragen —, was ist das für ein Klassentampf, der mit solchen Methoden geführt wird, dem solche Dinge

Copyright 1924 bei Buchhandlung Schneider u. Co., Wien.

Bom Baume des Bösen.

44 Von Marcel Berger.

„Aber, hören Sie: vorläufig zu niemand ein Wort! Wir werden ja sehen... Uebrigens hätte ich Ihren Freund gern einmal vorgekommen; es fehlt mir die Zeit... Vielleicht haben Sie die Güte, ihn aufzusuchen und, wenn möglich, zum Sprechen zu bringen! Sie verstehen mich? Und dann verständigen Sie mich gefälligst sofort!“

Schon war er an mir vorbei. Mir zitterten die Knie. Trotzdem blieb das herrschende Gefühl in mir noch das des Unglaubens... Konnte man eine derartige Borgia-Geschichte denn wirklich ernst nehmen? Eine Minute später stand ich vor Philipps Tür.

Ich hatt' mir die Nummer gemerkt: 43. Ich klopfte. Nichts rührte sich. Vielleicht schläft er, dachte ich, und dieser Gedanke war geeignet, mir meine Hoffnung wieder zu geben. Sollte ich ihn stören? Nach einer kurzen Ueberlegung entschloß ich mich, nochmals zu klopfen. Und er antwortete:

„Wer ist draußen?“
„Ich, Clerval.“
„Was willst du?“
„Dir guten Abend sagen... wenn ich dich nicht störe.“
„Ich hörte, daß La Tour-Aymon sich der Tür näherte.“
„Bist du allein?“ fragte er.
„Ja, natürlich.“
„Schwörst du?“
„Zu welchem Zweck...“
„Das Geräch eines gerähten Möbelsüdes,

irgendeines Schemels... Dann öffnete sich ein kleines Guckfenster in der Türöffnung. Das wachende Auge meines Freundes wurde sichtbar.

„Da du wirklich allein bist, werde ich öffnen.“

Remôs rüttelte ich am Türflügel:

„Das ist doch wirklich zu dumm!“

Ein, zwei Kiesel wurden zurückgeschleudert. Der Schlüssel drehte sich im Schloße. Ich trat ein.

Hinter mir schloß Philipp sorgfältig wieder ab.

„Welche Idee, dich so zu verbarrikadieren!“

sagte ich verlegen.

„Aus Vorsicht...“

„Fürchtest du einen Angriff?“

„Ich bin darauf gefaßt.“

Ich setzte mich in einen tiefen Fauteuil.

„Warum hast du dich vorhin englisch empfohlen?“

„Wem ist es aufgefallen?“

„Allen. Besonders Evelyn. Es hat sie gekränkt...“

„Das würde mich wundern.“

„Du bist in einer Weise gereizt und nachträglich...“

„Ich sollte irgendwem irgend etwas nachtragen? Ich?“ fragte er mit beifühendem Spott.

„Jedenfalls hast du dadurch die melodramatischen Vorgänge verfaßt, die sich am Schluß des Festes eingestellt haben“, sagte ich in gezwungenem leichten Tone.

„Welche Vorgänge?“ fragte er wie erleichtert.

Ich erzählte ihm kurz und mit abschließendem Nachdruck, was vorgefallen war. Die Anton plötzlich auf die Terrasse gestürzt war, sein Kissen mit Pythius und alles bis zu dem so unerwartet abgedrohten Gesangsvortrage der Luciofi...

„Er scheint ziemlich beunruhigt.“

„Und...?“

„Am merkwürdigsten berührte es ihn“, sagte ich und wollte ihn zwingen, meinem Blicke stand zu halten, „daß Anton überhaupt in das Laboratorium gelangen konnte...“

Philippe verzog keine Miene:

„Aber er selbst hat mir doch erzählt, daß auch ein anderer Schlüssel das Laboratorium sperrt...“

„Eben. Er hat es nur dir erzählt.“

„Nun, und?“

Ich wollte die nabeliegende Schlussfolgerung nicht ziehen und fuhr fort:

„Ein größeres Quantum eines pharmazeutischen Präparates, das der Doktor dort ausbewahrt hatte, ist weggenommen...“

„Ein Karbolikum?“

„Nein. Gift.“

Ein fahles Leuchten bligte in seinen Pupillen auf:

„Vielleicht sein berühmtes Gift, von dessen märchenhafter Wirkung er erzählt hat...“ das alle Fesseln der Selbstbeherrschung und Scham sprengt und dann unter furchtbaren Qualen tötet...“

„Ja, dieses Gift.“

La Tour-Aymons Gesicht verzog sich zu einer rätselhaften Grimasse und erstarrte. Mit eingetrockneter Kehle fragte ich:

„Du hast uns doch nicht... diesen Streich gespielt?“

„Welchen Streich?“

„Und zu vergiffen...?“

Er zuckte die Schultern.

„Du wirst zugeben, daß die Gelegenheit günstig gewesen wäre, die Welt von dieser Gesellschaft zu befreien...“

„Du hast es nicht getan?“ rief ich in steigender Erregung.

Er wiegte automatisch den Kopf:

„Vor allem“, sagte er trocken, „was gibt uns die Gewißheit, daß dieses Präparat die gewünschte Wirkung tut? Ist der experimentelle Nachweis erbracht? Nein. Und hätte ich es nicht zuerst an mir selbst ausprobiert, um mein verfluchtes, elendes Hamsterleben abzukürzen...?“

„Philippe!“

„Ich schrie ihn an:

„Du kannst dieses Verbrechen nicht begangen haben! So wahnsinnig bist du nicht!“

La Tour-Aymon bestete einen undurchdringlichen Blick auf mich.

„Gewiß bin ich wahnsinnig! Muß es sein. Ist es nicht die allgemeine Ansicht? Wie oft hast du selbst heute Abend die deutliche Empfindung gehabt, daß ich wahnsinnig bin!“

Ein Schauer schloß mich. Ich stieß hervor:

„Wo habe ich dieses Gift im Blute?“

„Nein...“, sagte er langsam und schüttelnd den Kopf.

„Ein Wort?“

„Mein Ehrenwort.“

Ich atmete auf:

„Was für ein größlicher Scherz also...“

„Ja... Ein Scherz. Das war meine Absicht. Und alles soll sich in einem bestreudenden Lachen lösen. Denn du mußt wissen, daß ich die zwei Wochen, die mir angeblich noch geblieben sind, nicht mehr zu Ende leben werde... Wenn ich mich dann hier niederlege, ist es zum letzten Male... das fühle ich. Eine läbliche Idee: sie alle ein wenig Todesangst verlasten zu lassen...“

„Richt? Alle diese Männer und Frauen, die sich über den anderen so lächelnd hinwegsetzen wissen... ohne Mitleid, ohne Bedauern. Was glaubst du, werden sie tun, was werden sie sagen, wie werden sie sich benehmen, wenn sie prüfen, daß es ihnen selbst an den Strohen geht...?“

Wieder sah mich eine wilde Beklemmung, ein schrecklicher Zweifel.

Fortsetzung folgt.)

paffieren. Die Kommunisten sind für die Abschaffung der Umsatzsteuer, aber sie führen den Kampf, indem sie erklären, die Abschaffung sei ein kapitalistisches Manöver und würde den Arbeitern nichts nützen.

Die Illusionisten der Weltrevolution wollen den Arbeitern keine Illusionen machen und deshalb sagen sie ihnen: die Kapitalisten wollen die Umsatzsteuer abschaffen, um euch neue Lasten aufzuerlegen! Heißt das die Arbeiter zum Kampf auffordern, heißt das der Regierung eine Parole entgegenstellen?

Und nun denke man einmal, es wäre umgekehrt! Wir Sozialdemokraten hätten die Arbeiter vor der Illusion gewarnt und die Abschaffung der Umsatzsteuer als kapitalistisches Manöver gekennzeichnet! Man hätte es in allen Dörfern der Republik plakatiert, der „Vorwärts“ hätte seine größten Letzern aus dem Sektoren geholt und die „Internationale“ hätte quer gedruckt werden müssen, um die maulwurfsrischen Titel zu fassen, die gegen die „Sozialverräter“ aufgemarkt wären.

Hätten die Kommunisten erklärt, es sei möglich, daß die Abschaffung der Umsatzsteuer kein Sinken der Preise bringe, aber man müsse für die Abschaffung doch kämpfen und es sei eine zweite Frage, dann mit allem Nachdruck weiterzukämpfen, so könnte niemand auf den Gedanken kommen, daß eine Arbeiterpartei für die indirekten Steuern sei. So aber wird es keinen Arbeiter und keinen Bürgerlichen geben, der aus den Worten des „Vorwärts“ etwas anders liest als ein, vielleicht der Vorniertheit und der Sucht, auf jeden Fall Nein und Contra zu schreiben, entspringendes, aber eindeutiges und verhängnisvolles Einsetzen für die Weidhaltung, der schwersten und ungerechtesten Steuer, die wir in der Republik haben.

Senatspräsidium.

Obmännerversammlung am 30. September.

Prag, 23. September. Heute vormittag fand eine Sitzung des Senatspräsidiums statt, die sich zunächst mit der Frage der Einberufung des Parlaments befaßte; es wurde konstatiert, daß dadurch, daß das Abgeordnetenhaus an die Regierung bereits mit der Forderung nach Einberufung des Parlaments hergetreten und vom Präsidium des Abgeordnetenhauses bereits der 14. Okt. als erster Sitzungstag in Aussicht genommen wurde, in dieser Frage schon ein Präjudiz geschaffen worden sei. Die Anregung, vor diesem Termin eine gemeinsame Sitzung des Senatspräsidiums mit den Klubobmännern abzuhalten, wurde aufgenommen und beschlossen, diese Sitzung für den 30. September um 3 Uhr nachmittags einzuberufen, um die nötigen Vorarbeiten für den Sessionsbeginn zu treffen. Einbellig wurde darüber Klage geführt, daß das Präsidium des Abgeordnetenhauses in der Frage der Parlamentseinberufung ganz selbständig vorgegangen sei, und beschlossen, den Präsidenten zu beauftragen, diese Auffassung dem Präsidium des Abgeordnetenhauses in einem besonderen Schreiben mit dem Wunsche zur Kenntnis zu bringen, daß künftig über derartige Angelegenheiten eine gemeinsame Präsidialsitzung beider Häuser zu entscheiden habe.

Kommunistische „Gewerkschafter“. In Kofchau haben die Kommunisten gemeinsam mit den Christlichsozialen einen Vertrag im Baugewerbe abgeschlossen, worin der Punkt 1 lautet: „Für Ueberzeitarbeit wird keinerlei Entschädigung und keinerlei Lohnerhöhung verlangt.“ Unterzeichnet ist für den Internationalen allgewerkschaftlichen Verband ein gewisser Wolf, für die Christlichsozialen S. a. n. Wenn die freien Gewerkschaften in irgend einer Branche einen Vertrag abschließen, der langt nicht eine so unerhörte Bedingung enthält, wie der Kofchauer Vertrag der Kommunisten, dann ist ein solcher Vertrag immer schlecht, doch weil ihn freie Gewerkschafter abgeschlossen haben, hier aber erlauben sich die Kommunisten einen Vertrag abzuschließen, der den Verzicht auf Ueberstundenlohnung, das heißt, die Zustimmung zur Uebertretung des Achtstundentages und zu unbegrenzter Arbeitszeit enthält. So entpuppen sich auch hier die Kommunisten als Großsprecher, die aber im Angesichte des Klassengegners knietief werden.

Gerichtliches Nachspiel der Zollkämpfe. Die Staatsanwaltschaft hat dem Landesgericht in Prag die Anklageschrift gegen die kommunistischen Abgeordneten Hanzl, Saffranek, Kreibitz und Nöckl sowie gegen den tschechischen Nationalsozialisten Kucyzlik überreicht. Diese Anklageschrift wurde den Angeklagten bereits übergeben. Die ersten drei Gerannten sind beschuldigt, am 9. und 12. Juni, Kreibitz und Nöckl am 19. Juni Einrichtungsgegenstände des Parlaments zertrümmert zu haben. Weiters sind die Abgeordneten Hanzl, Saffranek und Kreibitz beschuldigt am 9. und 12. Juni, Nöckl am 19. Juni durch Zertrümmern von Möbeln des Parlaments eine Tat vollbracht zu haben, aus der Gefahr für Leben, Gesundheit und körperliche Unversehrtheit hätte hervorgehen können. Kucyzlik schließlich ist beschuldigt, den Abgeordneten Hanzl mit einem Stück Holz ins Gesicht geschlagen zu haben und sich dadurch gegen den Paragrafen 152 des Strafgesetzes vergehen zu haben. Die fünf kommunistischen Abgeordneten werden beschuldigt des Verbrechens der Gewalttätigkeit gegen verfassungsmäßige Stellen nach Paragrafen 10, Artikel 1, des Gesetzes zum Schutze der Republik sowie der böshofigen Beschädigung von Eigentum nach Paragrafen 85 bis 88 des Strafgesetzes. Der Schaden, der dadurch entstanden ist, wird mit 3330.80 K angegeben.

Das Verbrechen der Zollparteien.

Unerträgliche Belastung des Haushalts durch die Zölle.

Seit Mitte Juni befinden sich die Preise wichtiger Volksnahrungsmittel im Steigen. Noch bevor die festen Zölle, dieser Raubzug der Landbändler, Christlichsozialen und Gewerdeparteier auf die Taschen des arbeitenden Volkes, zur Einführung gelangten, begann der Preis des Korns, der maßgebend ist für den Preis des Brotes, zu steigen. So kosteten an der Prager Börse

100 Kilogramm Korn am 15. Juni K 134 bis K 139, am 2. Juli jedoch schon K 150 bis K 155.

Die „Deutsche Presse“, das Hauptorgan der christlichen Brotverbreiterer schrieb mit der Schamlosigkeit, die diesen Jesuiten eigen ist, daß damals zur Teuerung kein Anlaß gewesen wäre, weil die Zölle noch nicht in Wirksamkeit getreten seien. O du heilige Einfalt! Die Bauern und Getreidehändler wußten, daß Brot und Mehl nach der Einführung der festen Zölle teurer werden müßten und gaben daher schon vier Wochen vorher das Getreide nur zu unverdämiht hohen Preisen her, denn sie waren überzeugt: bekommen sie die hohen Preise nicht im Juni, würden sie sie im Juli bestimmt erhalten. Kaum waren nun die Zölle in Wirksamkeit getreten (15. Juli) stiegen die Preise weiter. Es kosteten 100 Kilogramm Korn

am 16. Juli K 155—160

am 31. August K 168—175

und am 21. September K 173—178

Daß diese Teuerung des Getreides — des Weizens ebenso wie des Korns — seine Ursache nicht etwa in den Erntergebnissen hat, sondern eben in den Zöllen, geht daraus hervor, daß der böhmische Weizen denselben Preis hat wie der ungarische. Der Durchschnittspreis des ungarischen Weizens betrug am 10. September in Preßburg einschließlich Zoll K 208.50, der des böhmischen in Prag K 228.50. Die Frucht Preßburg — Prag macht eben diese Differenz aus, so daß in Prag heimischer und ausländischer Weizen denselben Preis haben. Würde es keinen Weizenzoll geben, dann hätte am 10. September der ungarische Weizen in Preßburg nicht 208.50 sondern 178.50 gekostet, in Prag etwa 198.50, so daß wir Weizen und Mehl um den Zollbetrag billiger gehabt hätten und die Arbeiter hätten für ein Kilogramm Weizenmehl um 70 Heller weniger gezahlt. Was bedeutet das für den Arbeiterhaushalt.

Wir wollen uns, um den Vorwurf der Demagogie nicht aufkommen zu lassen, an die amtliche Statistik halten. Laut Mitteilungen des statistischen Staatsamtes, Jahrg. VI, Nr. 115, verbraucht eine fünfköpfige Arbeiterfamilie im Jahre 237 Kilogramm Mehl, 457 Kilogramm Brot, 14 Kilogramm Grieß und für 324 K Weizenbrot. Rechnet man alles auf Mehl um, so gelangt man zu einer Menge von 631 Kilogramm Mehl, welche die Arbeiterfamilie verbraucht. Die Weizenabgabe, die für diese Familie der Mehlzoll bedeutet, beträgt also im Jahre 441 Kronen 70 Heller. Um fast 450 K jährlich haben also die Christlichsozialen, Landbändler und Gewerdeparteier die Arbeiterfamilie im Jahre gebracht. Und da sprechen wir nur vom Mehlzoll, nicht vom Zoll auf Fleisch und Fett, Butter und Eier und vieles andere. Wenn die gesamte Bevölkerung sich dessen bewußt wäre, müßte der Volkszorn die Zollparteien, die Parteien wucherischer Teuerung, deren Führer sich augenblicklich als die großen Staatsmänner aufspielen, hindooogeln.

Zur Katalogie aber wird die Ernährung der Bevölkerung durch das Steigen der Preise der Kartoffeln, des Brotes der Armen, des Hauptnahrungsmittels unserer Gebirgsgegenden. Im Vorjahre kosteten die Kartoffeln 80 Heller, heuer wollen die agrarischen Produzenten K 1.40 verlangen. Nach der erwähnten Statistik verbraucht eine fünfköpfige Arbeiterfamilie im Jahre etwa 450 Kilogramm Kartoffeln. Würde der Preis der Kartoffeln tatsächlich um 60 Heller höher sein, so bedeutet das eine jährliche Mehrausgabe von 270 Kronen. Die Herabsetzung der Kartoffelpreise aber könnte nur erfolgen durch zollfreie Einfuhr von ausländischen Kartoffeln. Würde man Mehl und Kartoffeln zollfrei hereinlassen, so würde das bei einer Arbeiterfamilie eine jährliche Ersparnis bei Mehl und Brot von fast 450 K, bei Kartoffeln von 270 K, von

zusammen also 720 K jährlich oder von fast 14 K wöchentlich

bedeuten. Wissen denn die Herren Spina und Wager-Parring, wissen denn die frommen Patres von der christlichsozialen Partei, was das für eine Arbeiterfamilie bedeutet? Wissen sie was das für einen Arbeitslosen bedeutet?

Wissen sie, was es heißt, wenn ein Kurzarbeiter, der im Bergbau vielleicht 120 K, in der Textilindustrie aber 60—80 K wöchentlich verdient, den Mehl-, Brot- und Kartoffelzollverzug 14 K wöchentlich in den Taschen verken muß?

Und wo bleibt noch die Verteuerung von Butter und Eiern, Fleisch und Fett? Es ist eher zu niedrig gegriffen, wenn man den Mehrbetrag, den die armen abgeehrten Arbeitslosen und Kurzarbeiter den kapitalistischen Seiten in den Taschen schnitzeln müssen, mit 20 K in der Woche annimmt.

Daß dies die Landbändler und insbesondere die profugen Großbauern nicht rühren wird, wissen wir.

Ihrer ist das Himmelreich auf Erden. Beträgt doch der Mehlverbrauch in der Tschechoslowakei im Jahre etwa 13 Millionen Meterzentner, was also für die Interessenten,

Bauer, Getreidehändler, Müller einen Mehrertrag von 13 Millionen mal 70 Heller, d. h. 900 Millionen K

ausmacht. Diese Herrschaften haben kein Interesse daran, daß es anders werde. Sie zapfen den Konsumenten buchstäblich das Blut ab. Was aber laßt die Christlichsozialen zu den Folgen ihres ungeligen Tuns, was laßt denn die

Christlichsozialen Arbeiter

zu der feinen Partei die ihnen das Brot vom Munde wegzieht? Werden sich dies die christlichsozialen Arbeiter und Arbeiterinnen, Kleinbürger und Hausfrauen gefallen lassen. Werden sie sich, die niederträchtige Demagogie bieten lassen, mit der sich die Christlichsozialen als Volkspartei ausgeben, die angeblich das Interesse auch der Unbemittelten vertreten. Bis zu welchem Ausmaß sich der Joch versteigt, mit dem die Christlichsozialen die armeren Volksschichten in deren Unglück noch verposten, mag noch gezeigt werden.

Am 11. Juni hielt der Klub der Abgeordneten der deutschen Christlichsozialen Volkspartei im Verein mit der Reichsparteizentrale eine Beratung ab, in der — von der Regierung (!) die

Die Bergarbeiter für eine vorläufige Regelung.

Auf Grund des Lohnabkommens vom Jahre 1921. — Endgültige Regelung durch ein Schiedsgericht.

London, 23. September. Die letzten vier Tage waren der Ministerpräsident sowie die drei Minister, die den sogenannten Kohlenausschuß bilden, im engsten Kontakt mit dem Exekutivausschuß der Bergarbeiter. Sie hatten mit den Bergarbeiterführern stundenlange Konferenzen, über die diese jeweils sofort wieder dem Exekutivausschuß der Bergarbeiter Bericht erstatteten. Auf beiden Seiten wurde vor der Öffentlichkeit über die Verhandlungen absolutes Stillschweigen bewahrt, doch ist der Optimismus im Wachsen begriffen, da die Verhandlungen nicht unterbrochen wurden und, wie es scheint, eben ein sehr entschiedener Versuch zur Erzielung eines Uebereinkommens unternommen wird. Allgemein wird angenommen, daß in kürzester Zeit ein wichtiges Ergebnis zu erwarten ist.

Die vom Exekutivausschuß des Bergarbeiterverbandes der Regierung heute unterbreiteten Vorschläge sehen folgende Regelung vor:

Die Bergarbeiter geben ihre Zustimmung zu einer vorläufigen Regelung, nach welcher sie die Arbeit sofort wieder aufnehmen, wenn eine Lohnskala eingeführt wird, die nicht geringere Löhne vorsieht, als die durch das Abkommen vom Jahre 1921 festgestellten Löhne. Eine endgültige für das ganze Reich gültige Regelung wird sodann von einem Schieds-

gericht ausgearbeitet werden, das die Lohnskala und die Durchführung der Reorganisation der Kohlenindustrie gemäß dem Vorschlage der Kohlenkommission bestimmt. Der Exekutivausschuß vertagte sich auf Montag. Morgen wird sich das Kabinett mit den von den Bergarbeitern gemachten Vorschlägen beschäftigen. Wie Reuters meldet, glaubt man zu wissen, daß die Regierung die Vorschläge der Bergarbeiter als ungenügend (?) betrachtet.

Die Zechenbesitzer bleiben hartköpfig.
London, 23. September. Wie verlautet, werden die letzten Vorschläge des Bergarbeiterverbandes von den Zechenbesitzern als unannehmbar bezeichnet. Die Zechenbesitzer lehnen nach wie vor ein nationales Abkommen ab und verlangen eine Regelung, die die wirtschaftliche Fähigkeit jedes Distriktes berücksichtigt. Wie es heißt, wird die Regierung in ihrer morgigen Sitzung erwägen, welche Lage sich daraus ergibt, daß die Vorschläge der Bergarbeiter nach ihrer Ansicht und der der Zechenbesitzer keine Grundlage für eine Regelung der Streitigkeiten im Bergbau bieten.

Dieses Verbrechen an der Menschlichkeit muß seine Sühne finden.
Arbeiter und Arbeiterinnen, Handwerker und Geschäftsleute, Angestellte und Beamte, Männer und Frauen, sorgt dafür, daß der Tag der Abrechnung mit den Volksverrätern und Kapitalistenrechnen komme!

Musland.

Das Aechverbot in der Schweiz. Gegen das Verbot der Bundesanwaltschaft der Schweiz, das sich gegen die Mitglieder der Exekutive der S. A. J. richtet, hat der Parteivorstand der Schweizerischen Sozialdemokratie in seiner Sitzung vom 12. September 1926 folgende Proklamationsentscheidung beschlossen.

„Mit Entschiedenheit nimmt der Parteivorstand Kenntnis von den aggressiven Maßnahmen der Bundespolizei gegenüber den Mitgliedern der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Die S. A. J. zählt zurzeit über sechs Millionen Anhänger in den zivilisierten Ländern der Welt. Ihre Exekutive besteht aus hervorragenden Männern, die jederzeit berufen waren und berufen sind, eine außerordentlich wichtige Rolle in den uns umgebenden Ländern zu spielen.

Während unsere Behörden vor einem Mussolini sich verbeugen, während man den Profiteuren und Spekulanten alle möglichen Erleichterungen bietet, u. maniere Partei zu beschützen und den Anstiftern des Krieges und den schlimmsten Reaktionsären andere Tore öffnet, werden den Mitgliedern der Exekutive der S. A. J. Schwierigkeiten bereitet und beleidigende Bedingungen gestellt.

Diese Beleidigung wird durch beitragen, ein Land, das auf internationalem Gebiet seit 1914 nicht nur Ruhmestaten eingeschifft hat, auf dem noch die Affäre Boromsky lastet, noch mehr zu diskreditieren.

Die Opfer der Bismarckischen Sozialistenverfolgung, die des Kommunismusaufstandes und andere hatten in der Schweiz einen Zufluchtsort gefunden, wo sie frei handeln, sprechen und schreiben konnten. Heute magt sich unsere Bundespolizei an, denen das freie Wort zu verweigern, die die Arbeiterklasse ihres Landes verzerren, auch dann, wenn die schweizerische Arbeiterklasse sie zu hören wünscht.

Die Schweizerische Arbeiterklasse hat eine politische Partei geschaffen, die bald die bedeutendste Landespartei sein wird und ein Viertel der Parlamentssitze eroberet; und unsere Polizeigewalt mahnen sich an, ihr in willkürlicher und brutaler Weise zu verwehren, Männern, die ihre Ueberezeugung und ihre Hoffnungen teilen, sprechen zu hören. Es ist dies ein formliches Verbot auf die

Beisammensetzung und Versammlungsfreiheit, gegen die gesamte organisierte Arbeiterschaft der Schweiz gerichtet, wie man solche nur in den extrem reaktionären Ländern erlebt.

Gegen eine solche Handlung müssen alle Bürger, die unsere Freiheiten und Rechte schätzen und nicht zugeben wollen, daß unsere Polizei viele mit Füßen tritt, energisch Protest erheben.“

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Samstag.

Wien, 23. 11.55: Großveranstaltungen. 12: Zeitungs- und literarischer Rundfunk. 13.30: Radiooperetten. 14.30: Der Beruf der Musikanten. 15.30: Die Hölle. 16.30: Die Hölle. 17.30: Die Hölle. 18.30: Die Hölle. 19.30: Die Hölle. 20.30: Die Hölle. 21.30: Die Hölle. 22.30: Die Hölle. 23.30: Die Hölle. 24.30: Die Hölle. 25.30: Die Hölle. 26.30: Die Hölle. 27.30: Die Hölle. 28.30: Die Hölle. 29.30: Die Hölle. 30.30: Die Hölle. 31.30: Die Hölle. 32.30: Die Hölle. 33.30: Die Hölle. 34.30: Die Hölle. 35.30: Die Hölle. 36.30: Die Hölle. 37.30: Die Hölle. 38.30: Die Hölle. 39.30: Die Hölle. 40.30: Die Hölle. 41.30: Die Hölle. 42.30: Die Hölle. 43.30: Die Hölle. 44.30: Die Hölle. 45.30: Die Hölle. 46.30: Die Hölle. 47.30: Die Hölle. 48.30: Die Hölle. 49.30: Die Hölle. 50.30: Die Hölle. 51.30: Die Hölle. 52.30: Die Hölle. 53.30: Die Hölle. 54.30: Die Hölle. 55.30: Die Hölle. 56.30: Die Hölle. 57.30: Die Hölle. 58.30: Die Hölle. 59.30: Die Hölle. 60.30: Die Hölle. 61.30: Die Hölle. 62.30: Die Hölle. 63.30: Die Hölle. 64.30: Die Hölle. 65.30: Die Hölle. 66.30: Die Hölle. 67.30: Die Hölle. 68.30: Die Hölle. 69.30: Die Hölle. 70.30: Die Hölle. 71.30: Die Hölle. 72.30: Die Hölle. 73.30: Die Hölle. 74.30: Die Hölle. 75.30: Die Hölle. 76.30: Die Hölle. 77.30: Die Hölle. 78.30: Die Hölle. 79.30: Die Hölle. 80.30: Die Hölle. 81.30: Die Hölle. 82.30: Die Hölle. 83.30: Die Hölle. 84.30: Die Hölle. 85.30: Die Hölle. 86.30: Die Hölle. 87.30: Die Hölle. 88.30: Die Hölle. 89.30: Die Hölle. 90.30: Die Hölle. 91.30: Die Hölle. 92.30: Die Hölle. 93.30: Die Hölle. 94.30: Die Hölle. 95.30: Die Hölle. 96.30: Die Hölle. 97.30: Die Hölle. 98.30: Die Hölle. 99.30: Die Hölle. 100.30: Die Hölle.

Deutschland.

Königsmutterbesuch. 10.00: 15: Einberufung der Reichstagskammer. 16: Der Beruf der Musikanten. 17: Die Hölle. 18: Die Hölle. 19: Die Hölle. 20: Die Hölle. 21: Die Hölle. 22: Die Hölle. 23: Die Hölle. 24: Die Hölle. 25: Die Hölle. 26: Die Hölle. 27: Die Hölle. 28: Die Hölle. 29: Die Hölle. 30: Die Hölle. 31: Die Hölle. 32: Die Hölle. 33: Die Hölle. 34: Die Hölle. 35: Die Hölle. 36: Die Hölle. 37: Die Hölle. 38: Die Hölle. 39: Die Hölle. 40: Die Hölle. 41: Die Hölle. 42: Die Hölle. 43: Die Hölle. 44: Die Hölle. 45: Die Hölle. 46: Die Hölle. 47: Die Hölle. 48: Die Hölle. 49: Die Hölle. 50: Die Hölle. 51: Die Hölle. 52: Die Hölle. 53: Die Hölle. 54: Die Hölle. 55: Die Hölle. 56: Die Hölle. 57: Die Hölle. 58: Die Hölle. 59: Die Hölle. 60: Die Hölle. 61: Die Hölle. 62: Die Hölle. 63: Die Hölle. 64: Die Hölle. 65: Die Hölle. 66: Die Hölle. 67: Die Hölle. 68: Die Hölle. 69: Die Hölle. 70: Die Hölle. 71: Die Hölle. 72: Die Hölle. 73: Die Hölle. 74: Die Hölle. 75: Die Hölle. 76: Die Hölle. 77: Die Hölle. 78: Die Hölle. 79: Die Hölle. 80: Die Hölle. 81: Die Hölle. 82: Die Hölle. 83: Die Hölle. 84: Die Hölle. 85: Die Hölle. 86: Die Hölle. 87: Die Hölle. 88: Die Hölle. 89: Die Hölle. 90: Die Hölle. 91: Die Hölle. 92: Die Hölle. 93: Die Hölle. 94: Die Hölle. 95: Die Hölle. 96: Die Hölle. 97: Die Hölle. 98: Die Hölle. 99: Die Hölle. 100: Die Hölle.

Tagesneuigkeiten.

Börse und Politik.

Aus der Wochenberichter des Bank- und Wechselgeschäftes J. S. Jeller & Comp., Prag II., Spalena 11, in die Hände gekommen, aus dem ersichtlich ist, wie sich die augenblickliche Lage der tschechoslowakischen Innenpolitik betrachtet. Es heißt da unter anderem:

Was nun die Prager Börse betrifft, so ist auch in unserer Republik eine keine Belebung des Arbeitsmarktes und des Geschäftes überhaupt bemerkbar. Ganz besonders günstig erscheinen uns aber momentan die politischen Verhältnisse trotz des in den Zeitungen aufgeschriebenen, unserer Meinung nach nur scheinbaren, Wertverlustes. Die großen bürgerlichen Parteien von tschechischer und deutscher Seite werden sich ohne Zweifel in der nächsten Session des Parlamentes über gewisse dringende Fragen einigen können und das höchste politische Ideal, welches jeder Bürger dieser Republik bis zu ihrem Präsidenten als erstrebenswert ansehen, ein Nebeneinanderstellen der Hauptnationalitäten, scheint sich verwirklichen zu wollen. Es ist natürlich nicht möglich, daß alle Wünsche von beiden Seiten mit einem Schlage durchgesetzt werden, aber der Anfang ist jedenfalls gemacht und auf dem Kompromißwege kann man im Laufe der Zeit leicht zu dem von beiden Seiten erstrebten Ziele gelangen. Das eine ist sicher, daß, wenn ein bürgerlicher Block beider Hauptnationalitäten die führende Rolle im Parlamente hat, die wirtschaftlichen Folgen im günstigsten Sinne nicht ausbleiben werden. Durch eine entsprechende, den Verhältnissen angepaßte Steuererhebung und durch Verfügungen ökonomischer Art werden sich viele Schwierigkeiten, unter denen die Produktion und Wirtschaft heute leiden, überwinden lassen. Wir leben daher in der gegenwärtigen politischen Situation den Anfang einer wesentlich gesteigerten Wirtschaftslage und dann auch natürlich vollständig geänderte ästhetische Verhältnisse.

Die Standalofäden der letzten Zeit nimmt also die Börse nicht ernst, da ja in diesen Kreisen finanzielle Standale an der Tagesordnung sind. Aber diese „in den Zeitungen aufgeschriebene“ Dinge kann man so ruhig hinweggehen, weil ja die Einigung der bürgerlichen Parteien auf dem besten Wege ist. Es ist natürlich nicht möglich, daß alle Wünsche von beiden Seiten mit einem Schlage durchgesetzt werden. Das soll wohl heißen, daß die tschechisch bürgerlichen Parteien irgendwelche Konzessionen nationaler Natur nicht machen werden und daß sich in auffälliger Weise mit dem Standpunkt der Christlichsozialen, die unlängst im Verkauf ihres Prager Hauptblattes die politische Weisheit verkündet haben, man dürfe das Ziel nicht zum Augenblickspunkt seiner Politik machen. Es wurde dabei ein ähnlicher Ausspruch ihres tschechischer Parteifreundes Dr. Seipel zitiert, der ja auch mit jenen Kreisen, für die das hier erwähnte Blatt bestimmt ist, die besten Beziehungen unterhält. Es ist also auch in der tschechoslowakischen die erfreuliche Tatsache festzustellen, daß die Politik der Christlichsozialen auf der Börse das allergrößte Verständnis findet. Um die strengen Christlichen durch diese harmonische Übereinkunft der Ansichten von Börse und Kanzel nicht allzusehr zu belasten, wird von politischen Idealen gesprochen, die bekanntlich in Börsenkreisen am häufigsten zu finden sind.

Wenn von diesen Idealen gesprochen wird, hat das nur den Sinn, viel zu reden, um die wahren Absichten zu verbergen. Diese reden vielmehr hervor, wo von den wirtschaftlichen Dingen die Rede ist und was man unter einer „den Verhältnissen angepaßten Steuererhebung“ und „Verfügungen ökonomischer Art“, die angeblich die Schwierigkeiten für die Wirtschaft beseitigen, verstehen soll, ist klar: Abschaffung der Steuern für die Besitzenden und womöglich Verlängerung der Arbeitszeit, wie dies auch der Sekretär der Industriellen Dr. Šobal in einer seiner letzten Reden angekündigt hat.

Ein Dohr ist es aber geradezu, wenn in dem nachstehenden Bericht davon gesprochen wird, daß wir am Anfang einer sehr heissen Wirtschaftslage stehen. Da dies nicht einmal der Dummste glauben wird, kann eine solche Behauptung nur den Zweck haben, zum Ankauf von Effekten anzureizen, wobei die Käufer dann, wenn die Aktien fallen, von den verschiedenen Banken und Wechselgeschäften gehörig ausgeplündert werden.

Eine journalistische Wäberei.

„Der Morgen“, jenes Prager Boulevard-Kontakblatt, das durch eine besondere Laune des Schicksals in seiner Zeit gegründet wurde, da sein Vorbild, die Wiener „Zeitung“ ihres Gründers und geistigen Hauptes verfallen war, da der Schutz Befehl Wien nicht ganz freiwillig verließ, leidet sich in seiner letzten Folge ein Wahnwitz, das weit über den Rahmen einer Prager Schmoderei hinausgeht.

Sonntag vor acht Tagen fand im Deutschen Theater eine Aufführung von Bizets „Carmen“ statt, der gegen acht hundert nordböhmische Arbeiter beiwohnten, die anlässlich einer genossenschaftlichen Exkursion in Prag weilten. Es war eine Freude, diese Arbeiter zu sehen, die mit Begeisterung und Verständnis der Aufführung folgten, trotz eines langen Reiselages, der hinter ihnen lag und obgleich mancher von ihnen zum erstenmal in seinem Profitarbeiterleben in ein Theater kam, eine bessere Disziplin hielten, als man sie von dem Normalpublikum des Prager Theaters, das doch ein ausgeprägtes Theater der Bourgeoisie ist, gewohnt ist. Der „Morgen“ aber hat es nur angebrocht, den

Nationalismus der Bergbehörden.

Sie wollen die deutschen Bergarbeiter ums Brot bringen.

Die Genossen Abgeordneter Pohl und Senator Jarolim haben an den Minister für öffentliche Arbeiten eine Anfrage gerichtet, in der sie ihn zur Kenntnis bringen, daß die Revierbergämter seit längerer Zeit von den Verwaltungen Verzeichnisse der Mannschafspersonen auf den Schichten gesondert nach Nationalitäten verlangen. Das Revierbergamt Teplitz-Schönbau hat mit Erlaß vom 4. September 1926, Bl. 5320 den Betriebsleitungen aufgetragen, zum Zweck der Evidenzhaltung allmonatlich ein Verzeichnis der Mannschafspersonen getrennt nach Nationalität einzusenden. Die genannten Abgeordneten stellen daher an den Minister die Anfrage, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen die Bergbehörden den Betriebsleitungen solche Aufträge erteilen, ob die Revierbergämter dies auf Grund eigener Erlasse oder über Auftrag einer höheren Instanz tun und welchem Zwecke diese Erhebungen dienen. Ferner wird gefragt, ob die Erhebungsdaten der „Rozhodni Jednota Severočeská“ zugänglich gemacht werden.

Obwohl der Zweck der Erhebung in den Verfügungen der Bergbehörden nicht angegeben wird, ist es klar, wozu es sich handelt. Das, was da vom Revierbergamt in Teplitz in die Besuche deutscher Arbeiter in Prag, die Verschärfung von Arbeiterschaft und Kultur, wie folgt zu „glossieren“:

Nordböhmen im Theater.

Sei! Tidelndel! ging's da unlängst lustig im Theater zu! Die Landeute aus Oberleppersdorf, Niederleppersdorf und Umgebung waren erschienen und füllten in stehbestimmender Zahl die geheiligten Hallen! Das Hans, bis auf letzte Plätze gefüllt, sah wohl noch nie solche Häßel! In Anbetracht der drückenden Hitze gab der Bürgermeister von Stignitzschel als erster das Zeichen zur Bequemlichkeit, zog seinen Rock aus und legte das interessante Kleidungsstück über die Logenbrüstung; dem trefflichen Beispiel folgten alle übrigen Stammesbrüder. (Die Damen hatten die Schuhe abgestreift und legten sie auf den Schoß.)

Sämtliche Beileute schwangen riesige Perlenketten! Im Zwischenakt trank man sich von Loge zu Loge mit Bier zu. Umarmungen von Wärgeln wurden erteilt. Der Erfolg des Abends war der bekannte Schlagel „Auf in den Kampf, Lohrerer...“, der von einigen Brüdern herzhaft mitgeführt wurde! „Das Bierda“, hörte ich sagen, „spielt bei uns ganz es Reingespil, aber höll schiner, viel schinner!“ Und an diesem Abend erlebte man die unübergehbare Gormen der Heila Doras!

Die Kritik ist das Schandbarste, was je in einem Prager Blatt zu finden war. Nicht nur, daß sie inhaltlich dürftig ist, beweist auch ihre Ton, daß hier ein Vertreter der Journalik an der Arbeit ist, der zu den übelsten Exemplaren seiner Sorte gehören muß. Aus diesem giftigen Hohn, der nur den Erzeuger selbst trifft, spricht der ganze Klassenhaß des Bürgers, der angesichts eines Arbeitertodes vor Stolz auf die gestörte Hemdkraut plakt. Geradezu grotesk aber wird die „Masse“, wenn man erwägt, daß diese Sorte einer Künstlerin förmlich das Belled ausdrückt, daß sie einmal vor Arbeitern auf besetzten Plätzen sitzen muß, während sie sonst die Ehre hat, vor besetzten Zuschauern auf teils berufsmäßig erworbenen, teils erschworrenen Freiplätzen zu sitzen.

Doch möge in dem Zorn einer Journalik nicht die hoffentlich dem Los ihrer Wiener Schwesterdresse nicht entgehen wird? Der Bubenstreich sei hiemit angeprangert.

Die unheimliche Stadt.

Der russische Volkskommisjär für Gesundheitswesen, N. Semaschko, schreibt in den „Iswestija“ vom 19. August folgendes:

In der Erdkunde lernen wir, daß Sebastopol ein griechisches Wort ist und die „hoheitsvolle Stadt“ bedeutet.

Die Uebersetzung dieses Wortes müßte jetzt anders lauten, es wäre richtiger, Sebastopol die „unheimliche Stadt“ zu nennen.

An einem Sonntagabend kam ich in Sebastopol an. Gleich nach meiner Ankunft traf ich drei Matrosen mit Gewehren, in schneeweißen Hosen und gedehnter Marineuniform. „Die Matrosen tragen den Sicherheitsdienst unserer Stadt“, sagte mir stolz ein Einheimischer, der mit mir fuhr. Die Strohen dieser wirklich „hoheitsvollen“ Stadt, mit ihren schneeweißen Häusern über dem tiefblauen Meer, waren dicht bevölkert, wie es bei uns in Moskau nie der Fall ist. Mehr als zwei Drittel der Spaziergänger waren Kranke, die hier zur Kur weilten.

Und hier, mitten auf dem Damm, vor den Augen aller, trieb sich eine Schaar von 7 bis 8 oddachlosen Kindern herum. Sie waren wie gewöhnlich halbnackt, ihre langen, zerzausten Haare waren von der Sonne gelblich und voller Staub. Doch niemand achtete auf sie: für Sebastopol waren sie eine „alltägliche Erscheinung“. Sie liefen frei herum und „betätigten“ sich in der Menge. Ein Herr in einem weißen Anzug griff mit einmal in die Tasche, drehte sich schnell um

und jagte einem Bengel nach, der ihn bestohlen hatte. Dieser schlüpfte lachend zwischen den Leuten durch; der „Rechtsgewende“ schüttelte resigniert den Kopf und ging weiter.

Ein Milizionar tritt zu den Oddachlosen — der einzige Wachtposten im Zentrum der Stadt. Er jagt ihnen etwas; sie umringen ihn ohne jegliche Scheu und lachend und spottend vorlegen sie den Schauplatz ihrer Tätigkeit einige Schritte weiter.

Es ist ein Uhr nachts. Ich beobachte die Straße vom Balkon meines Hotels. Ein schamloses, aller Beschreibung spottendes Treiben der Oddachlosen herrscht auf den Straßen. Vor den glänzenden Spiegelscheiben eines Ladens stehen zwei Mädchen; das eine ist 12 bis 13, das andere 14 bis 15 Jahre alt. Ein „Kavalier“ von 16 bis 17 Jahren tritt an sie heran. Er greift mit unzüchtigen Gesten nach ihnen. Es war klar, daß dies Prostituierte waren. Und wiederum achtete niemand darauf, weil es eine alltägliche Erscheinung war. Und kein einziger Matrose in schneeweißer Bluse war zu sehen.

Es ist zwei Uhr früh. Die Straßen liegen öde da. Mit großem Geräusch und unflätigen Schimpfphooren erhebt eine Bande von etwa 8 Mann auf der Straße. Sie belästigen die Passanten, die ihnen nach Möglichkeit ausweichen; schließlich paßt einer von ihnen einen Vorübergehenden, allem Anschein nach ein Arbeiter, um ihn zu verprügeln. Dieser weicht sich los und ergreift die Flucht. Der Randalie rennt ihm nach. Die anderen rufen hinterher: „Loh ihn laufen, Sotafka, es lohnt sich nicht.“ Aber der Kerl hält ihn ein, und jener ruft erschrocken: „Was willst du? Warum prügelst du mich?“ ... Die Matrosen in den weißen Uniformen sind nicht zu sehen. Sogar der einzige Milizionar ist verschwunden.

Um 3 Uhr ging ich zu Bett. Die ganze Zeit hörte man von der Straße gellende Schreie: „Ju Hissa, ju Hissa!“ Aber die Hisserei fanden keinen Widerhall in der „hoheitsvollen“ Stadt.

Bisfektion.

Von Max Dorn.

Der Herr Professor schritt mit seinem dreißigjährigen ein in den Bisfektionsaal. Es roch nach Eiter und Karbol und Jod. Hier am gelben Wandmarmor lag das braune Kalb, gefesselt. Sein Bauch war vom braunen Fell entblößt. Die Eiterbeulen sahen wie Leichenliegen auf dem rosigem pasten Fleisch des Kalbes. Diese Eiterbeulen sollten Ampfkomplex geben.

Der Professor schritt mit einem schmalen Messerchen am fellentblößten Leibe des Kalbes — da geschah es — es geschah das: was so groch Folgen haben sollte. Das Kalb hob seinen Kopf — es blähte leise und schmerzlos, aller Augen schauten auf den Kopf des gefesselten Kalbes — und der Student Stöhr erwiderte: Sein Auge hing hart am Auge des visfektionierten, des lebend — zerfallenen Tieres.

Der Professor sagte: Stöhr, schauen Sie hinter — und er deutete mit dem schmalen Messerchen auf die Eiterbeulen am fellentblößten rosigem Fleisch des Kalbes. Aber der Student wies mit ätzender Hand auf das Auge des Kalbes, das noch immer seinen Kopf leicht schelen hatte — und das mit ganzerristiver Seele auf seine Feinigkeit schaute: Was habe ich euch getan? Schrecklich leuchtete die Anlage aus dem Auge des gequälten Tieres.

Der Professor wußte — und der Laborantengschle warf ein blutbedecktes Pinnennetz über den Kopf des armen Opfers: daß man nicht den Vorwurf seiner Seele läßt!

Aber der Student Stöhr sah diesen schrecklichen Vorwurf weiterhin — abends erhob sich der Student Stöhr. Der Blick des gemordeten Kalbes hatte angezogen: eine Raube gelüftet. Alle neunundzwanzig Studenten waren vom Tode ihres Kollegen Stöhr tief berührt. Sie schwiegen. Aber auch sie starrten unter dem Bild des Kalbes. Dieses Tier hatte für soviel andere Tiere geschaut.

Einen Monat darauf legte der Bisfektionsprofessor sein Amt nieder. Alle Welt staunte. — Es ist doch noch gar nicht so alt! Aber die neunundzwanzig Studenten wußten: daß es da eine Ver-

Berminderung der Rheinland- befüzung.

Paris, 23. September. Das Außenministerium bestätigt die Nachricht, daß die eben getroffenen Maßnahmen wegen Verminderung der Okkupationsstruppen im Rheinland in keinem Zusammenhang mit den in Genf begonnenen französisch-deutschen Verhandlungen stehen. Die erwähnte Herabsetzung der Okkupationsstruppen wurde vom Außenministerium noch vor Beginn der französisch-deutschen Verhandlungen angeordnet.

Die Verbindung gab: zwischen ihrem verstorbenen Kollegen Stöhr, dem Kalbe und dem Professor. Auch der Professor wird den Blick nicht mehr los. Die Studenten aber erlösen den Blick in Alkohol!

Abels und Glavacel oder Geschäfte eines jüdischen Antisemiten. Das Wochenblatt „Rozhodni Prace“ veröffentlicht ein Dokument, aus dem hervorgeht, daß der jüdische Hauptling und Generalsekretär der nationaldemokratischen Partei Glavacel auf Kosten der Staatskasse sich eine Riesenprovision aus Jüdergeschäften ergattert hat. Im Juli 1920 schloß eine Pariser Delegation der tschechoslowakischen Jüderkommission mit französischen Interessenten einen Vertrag über die Versicherung von Jüder ab. Das Geschäft vermittelte ein gewisser Abels und eben der Generalsekretär Glavacel, die eine Riesenprovision dafür bekamen. Diese Provision betrug für jeden der beiden die staatliche Summe von je 915.679.91 K. Von Herrn Glavacel gilt also, was vielfach auch von anderen Antisemiten, wie zum Beispiel dem Wiener Hofenkreuzler Gattermann, gilt: man schimpft auf die Juden, aber ihr Geld nimmt man gerne.

Der Kampf um den Wald. An die Zeiten der Vorkriegszeit oder der großen amerikanischen Kolonisation wird man erinnert, wenn man die Berichte über die Kolonisation der Oberau bei Wien durch Arbeitslose liest. Aus der furchtbaren Not, die in dem noch christlichsozialen Grundbesitz glänzenden famierten Deisterreich herrschte, wurde ein ganz sonderbares Projekt geboren. Eine größere Zahl von Arbeitslosen sei sich zusammen und besetze die Oberau bei Wien, um dort eine Siedlung zu errichten. Die Leute roden den Kieferwald, bauen Blockhäuser und legen Acker an, ganz wie zu Urbäter Zeiten. Die Oberau gehört den Kriegsbefähigten. Man hat nun versucht, auf Grund eines Pachtvertrages den Siedlern das besetzte Gebiet, das sie sich in höchster Not zur Heimat und Arbeitsstatt gewählt haben, zu sichern. Die sachmännischen Kommissionen aber entschieden, daß die Oberau sich für Siedlungsweide nicht eigne. Sie ist luphus- und malariegefährdet, die Wälder dürfen nicht gerodet werden, damit die angrenzenden Fluren nicht geschädigt werden und die Kriegsbeschädigten schließlich gehen auf den Pachtvertrag auch nicht ein. Die christlichsoziale Landesbehörde ist mit einer Abhilfe rasch bei der Hand: mit Gewalt sollen die Siedler vertrieben werden. Dem christlichen Herzen des Landeshauptmanns bemerkt es keine Strapeln, auf die verzweifelte Arbeitslosen scharf schießen zu lassen. Es wird ihm hoffentlich nicht gelingen. Die Sozialdemokraten im Landtag und im Nationalrat versuchen alles Menschennögliche, um die Regierung zu einer sozial tragbaren Lösung zu bewegen. Sie verlangen, daß der Bund den arbeitslosen Siedlern ein Stück bestellungsfähigen Landes zur Verfügung stelle. Der Kampf um die Oberau wird zu der Geschichte der christlichsozialen Politik als eines der markantesten Beispiele für die Erfolge der kapitalistischen Reaktion nicht vergessen werden. Dem nationalsozialistischen „Tag“ stellen wir anheim, auch diese Arbeitslosen, die ihr Leben auf Spiel setzen, um arbeiten zu können, als arbeitsscheue und faule Elemente hinzustellen!

Aus dem rumänischen Kulturstaat. Aus Bukarest wird berichtet: Ein Brutalitätsakt, der selbst in der abgekarteten rumänischen Öffentlichkeit Aufsehen erregt, hat sich dieser Tage im Gebäude der Bukarester Polizeidirektion abgespielt: Man erzählt aus dem „Adeverul“ folgende Einzelheiten: Der 65jährige Lebensmittelhändler George Andreescu hatte sich in Geschäftsangelegenheiten mit der Frau des Generalstabsobersten Polinteanu vertrieben. Der Oberst ließ den Kaufmann durch den Polizeidirektor Saulescu vorladen. Andreescu wurde in ein Zimmer gegenüber dem Amtssitz des Polizeidirektors gebracht. Polinteanu, der von einem Gendarmerschutzwache begleitet war, gab ihm schon an der Tür des Zimmers mit den Worten: „Du bist also Andreescu?“ einen Fußtritt. Dann begann er, mit den Händen auf den Tisch loszuschlagen. Nach dreißig bis vierzig Fanfalschlägen brach Andreescu bewußtlos zusammen. Auch der Oberst wurde müde, und nur umhüllte der Feldwache Andreescu mit einer zwei Finger dicken Eisenstange bearbeitet, bis er blutunterströmt und mit schmerzlichen Wunden bedeckt war. Schließlich drohte der Oberst ihm mit dem Tode, wenn er etwas von den Verhandlungen verlauten lassen sollte. Sämtliche kaufmännischen Organisationen des Landes veranstalteten Protestversammlungen, die gesamte Presse und eine Reihe politischer Persönlichkeiten forderten die strenge Bestrafung des Schuldigen. Aber bisher wurde nicht einmal eine Untersuchung eingeleitet und das Innenministerium beschränkte sich darauf, amtlich zu erklären, daß die Polizei keine Schuld treffe, wenn es in der Polizeidirektion zu einem Zwischenfall, zwischen Polinteanu und Andreescu gekommen sei. Offenbar trifft die Polizei auch keine Schuld an einem anderen Zwischenfall, der sich in der Polizeidirektion zugegetragen hat: Ein gewisser Demper hat sich wegen der Verhandlungen, die er erlitten hatte, die Kehle durchschnitten.

Dankagung. Die Witwe des auf tragische Weise aus dem Leben geschiedenen Gen. Johann Wita:ja et. Bez. vertrauensmannes in Hohenfurth, ersucht uns, allen denen, die an der Beichenfeier für den Verstorbenen am 17. September in Budweis teilgenommen haben, in ihrem und ihrer Kinder Namen den herzlichsten Dank auszusprechen.

Druckfehler. In unserem Artikel vom Dienstag „Zum Sätteltag in Wien“ auf Seite 4 hat sich in der letzten Zeile des 1. Absatzes, Spalte 1, ein sinnstörender Druckfehler eingeschlichen. Es heißt dort: „Zusammenfassend darf gesagt werden, daß am Sonntag gezeigt wurde, wie man verwaltert, oder verwalten will: in Deutschland nationalistic, in Oesterreich sozialistisch und in der Tschechoslowakei nationalistic.“

Die Tagung des Hauptauschusses der „Naturfreunde“. In den letzten Tagen des Monats August trat in Wien der Hauptauschuss dieses internationalen Wanderbundes zusammen. Eingeleitet wurde die Tagung durch einen Vortrag des Abgeordneten Schreck, Bielefeld, der im großen Saal des Verbandshomes der Krankenkassen vor den Wiener Mitgliedern über das Thema „Weg und Ziele der Naturfreunde“ sprach. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des glänzenden Redners. Am Sonntag begannen die Beratungen. Sekretär Gappasch erstattete einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Vereines im Jahre 1925, der mit großem Beifall von den österreichischen und ausländischen Delegierten zur Kenntnis genommen wurde. Nachher erarbeitete der Zentralauschuss für die Ausgestaltung und den Inhalt des „Naturfreund“. Ehrenstein erstattete den Kassenericht, der einen erfreulichen Stand der Finanzen des großen Vereines zum Ausdruck brachte. Präsident Volkert referierte über die Werbearbeit, der in Zukunft das größte Augenmerk zugewendet werden wird. An der regen Aussprache beteiligten sich alle Delegierten. Eine große Anzahl neuer Gedanken wurde zum Ausdruck gebracht, man gelobte sich, das Durchführbare mit aller Beschleunigung in Angriff zu nehmen. Im Berichtsjahre 1926 ist zwar die Zahl der Mitglieder, besonders in Deutschland, im Rückgang begriffen gewesen, doch darf auf Grund des Jahrbuchberichts für 1926 mit vollem Recht die Hoffnung ausgesprochen werden, daß es nun wieder vorwärts zu gehen scheint. Besonders zu begrüßen ist die rege Samstätigkeit vornehmlich in Oesterreich, Deutschland und in der Schweiz. Gegenwärtig besitzt der Verein 250 Schutzhütten, Ferienheime und Talherbergen, eine ansehnliche Zahl solcher Häuser ist teils im Bau begriffen, teils sind die erforderlichen Grundstücke hierzu sichergestellt. — Der Pressebericht hat sich außerordentlich bewährt, so daß der Zentralauschuss mit dem weiteren Ausbau dieser Einrichtung betraut wurde. In seinem Schlusswort konnte der Präsident Nationalrat Volkert mit Befriedigung feststellen, daß unter den Vertretern der einzelnen Länder volle Christlichkeit herrscht. Er konnte für das dem Zentralauschuss rückhaltlos ausgesprochene Lob und Vertrauen danken und der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Tagung des Hauptauschusses zur Ausbreitung des proletarischen Wanderns zur Festigung und Vertiefung der Naturfreundschaft und damit auch zum Wohle des arbeitenden Volkes beitragen wird.

Der Typhus in Hannover. Vom Dienstag zum Mittwoch hat der Typhus in Hannover acht Opfer gefordert. Hundert Personen konnten aus den Krankenhäusern entlassen werden. 20 Kranke und Verdächtige wurden neu aufgenommen. Insgesamt sind bis jetzt 88 Tote zu beklagen. In den öffentlichen Schwimmbädern sind bis jetzt 45.000 Personen geimpft worden. Am Ende und Sonderort Fulda

ist Voratyphus aufgetreten. Bis jetzt sind 48 Personen erkrankt, 45 davon in Fulda selbst. Todesfälle sind noch nicht zu beklagen.

Vom eigenen Hund gestolzt. Die 25 Jahre alte Baronin von Caranx-Dornheim in der Bendlerstraße in Berlin besaß seit längerer Zeit einen dreijährigen russischen Windhund, der ihr geschenkt worden war. Das Tier war sehr bissig und hatte erst vor einiger Zeit eine Angestellte der Baronesse und außerdem auf der Straße ein Kind und einen Polizeibeamten gebissen. Am Mittwoch morgen stürzte sich das Tier plötzlich und ohne besonderen Grund auf die Baronin, die noch im Bett lag, und zerfiel sie ihr Gesicht, Arme und Beine. Auf ihre Hilferufe kam das Mädchen herbei, ohne ihr jedoch helfen zu können. Sie stürzte hilflos auf die Straße und traf glücklicherweise einen Polizeibeamten. Als beide in das Schlafzimmer zurückkehrten, mußten sie feststellen, daß der Hund noch immer seine Angriffe wiederholte. Dem Polizeibeamten blieb nichts anderes übrig, als mit seiner Waffe den Hund niederzuschießen. Die Verletzungen der Baronin sind so schwer, daß sie in ein Krankenhaus überführt werden mußte, wo sogar an ihrem Auskommen gezweifelt wird.

Von der deutschen Unübersicht. Mit dem gestrigen Tag hat die Inspektion und damit auch das Wintersemester begonnen. Die neugewählten Funktionäre haben ihre Kammern angetreten. Die Geschäfte des Rektors, welches durch den Tod des Professor Spiegel verwaist ist, führt bis zur Ernennung eines Rektors Professor Dr. Gory. Die Rektorswahl erfolgt am 8. Oktober. Hierzu müssen die Fakultäten neue Wahlmänner wählen. Die medizinische Fakultät hat eine die bezügliche Sitzung für den 20. September einberufen.

Woran man den Europäer erkennt. Beim letzten Beiratsamt des Propheten ereignete sich in Mekka ein seltsamer Zwischenfall. Den Höhepunkt des Festes bildet der feierliche Umzug der aus der ganzen Welt des Islam zusammengeführten Pilger. Nach Nationen zusammengeschlossen zu großen Hänen ziehen die Gläubigen mit Rufen und Gesang in großem Bogen um die Kaaba, den heiligen schwarzen Stein, dessen mächtiger Quaderblock schroff gegen die leuchtend blaue Kuppel des arabischen Himmels ragt. Wenn auch die modernen Modemänner heute die Kaaba auf der Hochseilbahn für verzeibar mit der Asche der Pilgerhaft halten, so ist doch das Betreten des Heiligtums der Kaaba, besonders zur Zeit des höchsten Festes, jedem Ungläubigen bei Todesstrafe verboten. Jeder, der die Kaaba, die Pilgerfahrt, nach den Vorschriften beendet hat, führt von da ab zu seinem Namen den Ehrentitel „Hadj“, und dieser Titel wäre entweicht, wenn auch ein Ungläubiger die Kaaba vollenden könnte. Als nun die Spitze eines der Hügel heranzüchte, mit den Musikanten voran, wurde plötzlich in einer Gruppe unter den Zuschauern ein Mann, der wie ein türkischer oder spanischer Gelehrter ausah, von den Umstehenden ergriffen und mit Gewalt und unter Mißhandlungen vor den Kadi geschleppt. Man verurteilte seine sofortige Exekution, weil er ein Ungläubiger sei. Die erregte Menge drohte ihn zu lynchen. Der als Richter fungierende Priester konnte aber nichts Verdächtiges an dem Beschuldigten wahrnehmen und ließ ihn von seiner Wache schütten. Dann schritt er zum Verhör. Es stellte sich heraus, daß der Verdächtige ein europäischer, sehr berühmter Orientalist war, der im Orient lebte, und zum Islam übergetreten war, um so seine Studien ungestört an der Quelle treiben zu können. Er war im Laufe der Zeit so sehr mit dem Stoffe seiner wissenschaftlichen Arbeit verdrungen, daß er ganz das Leben eines Muselmanes führte. Auch sein Aeußeres hatte sich mit dieser orientalischen Lebensweise verändert, und er war durch nichts von einem geborenen Orientalen zu unterscheiden. So sein Name in der wissenschaftlichen Welt bekannt war, fiel es ihm nicht schwer, den Nachweis zu erbringen, daß er Muslim, und als solcher mit Recht „Hadj“ sei. Es erschien ihm aber unverständlich, wodurch er seine europäische Abstammung betonen haben sollte. Da

folgte man ihm, der jetzt wegen seiner hohen Verdienste um die Erforschung des Islams mit Ehrerbietung behandelt wurde; als die Kuffe nahe, habe er, wohl in den Absicht und Gedanken verankert, im Takt des Marsches leise mit der Fußspitze gemippt. So unbedarft sei kein Oriental, und deshalb sei er als Mensch des Abendlandes erkannt worden.

So entstehen Götter... In jenem Gebiet Ostafrikas, das einst eine große Kolonie Deutschlands gebildet hat, tritt jetzt ein Mann auf, an dem Religionspsychologen die schönsten Studien machen könnten. Der Mann heißt Mgoja und ist vor Beruf — Jambodoktor. Er behauptet, einen Jambotraum zu besitzen, durch den man jeden Gegenstand unfehlbar als solchen entlarven könne. Denn dies Tränkein wirke wie Scheidewasser. Man gebe es einem Menschen zu kosten; hält er es aus, ist es gut für ihn, hält er es nicht aus, wird er — besoffen und ist eben dadurch als Gegenstand stigmatisiert. Wie aber vor neuen Gemütern sich nur bewährt, was in möglichst viel Permonell und Geheimnisvolles gehüllt wird, so setzt sich unser Jambodoktor nicht allein mit seinem Gegenstand durch, sondern erst durch die vielen Taschenspielerkunststücke, die er von indischen Geistes geleitet hat und vermöge deren er den Einwohnern des Landes angst und bange macht. Er „raubert“ Stücke von Menschenhaut, so auch ganze Menschenköpfe hervor, von denen er behauptet, sie stammen von Menschen her, die er eben durch seinen Jambotraum schon noch als Gegenstand und Mörder erwispen werde. Jeden, von dem er es verlange, müsse darum, bei sonstigem Verbalde die Schuldbeweise, den Trank einnehmen und — jetzt kommt das eigentlich Böhsche — dafür eine Gebühr von sechs Centis, und im Falle eintretender Besoffenheit, also nachgewiesener Verberheit, eine Extragebühr von vier bis zehn Schilling je nach der Hochgradigkeit des Rausches, entrichten. Die Politikstücke verschaffen ihm die nötige Berechnung, die Jambotraumandrohung die nötige Angst, und die Medizintraumgebühren die nötige Kommissionskontribution seiner Regierchäfte. Der ganze Gott ist fertig und seine Vondenteu sehen ihn auch als Gott an und behandeln ihn als solchen. Durch Eoluspostas, Terror und Geld — die Pfaffen aller Riten würden sagen: durch Wunderkuren, Autorität und priesterliche Macht. Die Missionäre jener Gegend, es handelt sich hauptsächlich um das Gebiet von Ujaramo, sind sehr ungehalten über die Konfurrenz, aber sie ist doch nur ein Spiegelbild ihrer selbst: die Geburt der Gottheit aus dem Geist des Schwindels...

Die Wichtigt für die Ewigkeit. In dem Städtchen Jurea in Italien ist dieser Tage eine alte Jungfer gestorben, mit Glückseligkeit reich gesegnet, abgesehen von dem Glücksgute Humens. Als man ihr Testament öffnete, zeigte sich, wie sich die Tote den Uebergang in die andere Welt zu verschaffen gedacht hat. Wie die Alten ihren Abgeschiedenen eine Münze in den Mund legten, als Reisetgeld für Charon, wie die Christen ihren Lieben Kapforen, Schmach und Bissen und dergleichen, den Kindern sogar Puppen mitzugeben pflegten, wie die Barbarenkönige ihre Lieblingsrosse und Lieblingsfrauen mitbekamen, so verfügte die Dame von Jurea, daß folgende angenehme Dinge in ihrem Sarg zu verstauen sei: ihre Juwelen, ihr Geld, eine Anzahl Flaschen und Fiaschi edelsten Weines, mit Äpfeln, Salami, gebratene Hühner, Äpfeln, Schokolade, Zeller, Bestete, Lich- und Handtücher, Seidenen. Was die Lebemannell mit diesem Massentransport guter Dinge in die Ewigkeit begreift, scheint klar. So sie keinen Lieblingsmann mit hinübernehmen konnte, hoffte sie wenigstens durch diese reiche Mitgift einen Göttergatten zu gewinnen nach dem schönen Spruche:

„Hier sind Ceres“, hier sind Bacchus“ Geben Und auch Amor stellt sogleich sich ein...“
Es fragt sich nur, ob die „lachenden Erben“ wirklich der Tante auch die Juwelen und das Geld ins Grab mitgegeben haben. Mit ein paar gebratene Hühner und Fiaschen Barolo wird sich ein Herr aus dem Jenseits kaum auf die Dauer fesseln lassen.

Volkswirtschaft.

Die Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie im Bezirke Wamndorf.

Von rund 10.000 Textilarbeitern im Bezirke Wamndorf arbeiten derzeit 5.275 Arbeiter vorkürzt. Im Durchschnitt 3 Tage per Woche. Ein Betrieb der Fa. Bauer & Gerber, der rund 500 Arbeiter beschäftigte, steht seit 1922 still. Der Betrieb der Fa. Redwood hat seit einem Vierteljahr seine Pforten geschlossen. Die Arbeiter wurden aufs Pflaster gesetzt. Die beiden Chefs, von denen der Eine sein Domizil in Wien und der Andere in Budapest hat, dürften von Rot noch nichts verspürt haben.

Die Wamndorfer Industrie wurde nach allen Ländern verschleppt, und erst in der jüngsten Zeit wurden in Belgrad und Marburg zwei neue Betriebe mit 1200 Stühlen eröffnet. Die Rot und das Elend unter den Wamndorfer Textilarbeitern steigt mit jedem Tage. Schon sind rund 400 Arbeiter, unorganisiert und von der Organisation ausgeschlossen oder solche, die die Karenzfrist in der Organisation noch nicht zurückgelegt haben, zu verzeichnen. In den nächsten Wochen werden Hunderte von Textilarbeitern von ihrer Organisation ausgeschlossen werden. Und dazu der Winter vor der Tür.

Diese traurigen Zustände veranlassen das Gewerkschaftsamt und die Zentralgruppe Wamndorf der Union der Textilarbeiter, die politische Bezirksverwaltung in Wamndorf auf diese Tatsachen aufmerksam zu machen. Eine Deputation von Arbeitlosen sprach unter Führung des Gewerkschafts Gen. Dorich bei diesem Amte vor. Dem Rat der politischen Bezirksverwaltung wurde eine Denkschrift über die Lage der Textilarbeiter überreicht und wurde ersucht, dieselbe an das Ministerratspräsidium weiterzuleiten. Rat Morinus versprach der Deputation, dies zu tun und versichert, alles zu unternehmen, was im Interesse der Arbeitlosen ist.

Hoffentlich entschließt sich die Regierung bald, Mittel und Wege zu finden, um der Rot im Bezirke Wamndorf zu steuern.

Der Urlaub der Metallarbeiter für 1925.

Eine wichtige Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtshofes.

Die Unternehmer versuchten auf Grund der falschen Auslegungen des Urlaubsgesetzes durch ihre Juristen den Metallarbeitern den Urlaub für 1925 freizugeben. In mehreren Fällen — zum Teil im Einvernehmen mit der Industriellenorganisation — hat nun der Internationale Metallarbeiterverband (Komolau) zur Klarstellung der streitigen Frage den Rechtsweg beschritten und einzelne Fälle bis vor den Obersten Gerichtshof getrieben. Nun ist in allen Instanzen die Streitfrage zugunsten der Arbeiter entschieden.

Im Urteil liegt folgender Sachverhalt zu Grunde: Im Jahre 1925 kam es im April zu einer Aussperrung in der nordwestböhmischen Metallindustrie. Die Unternehmer erklärten dann, die Arbeiter hätten für das Jahr 1925 keinen Anspruch auf Urlaub. Das Bezirksgericht in Teschen hat jedoch einem der ausgesperrten Arbeiter den Urlaubsanspruch für 1925 zuerkannt. Die Unternehmer rekurrirten gegen dieses Urteil und das Kreisgericht in Leitmeritz verwies die Angelegenheit zur neuerlichen Verhandlung an das Bezirksgericht. Ueber Aktus des Verbandes und der Unternehmer erklärte der Oberste Gerichtshof den Anspruch des Arbeiters für berechtigt. Die Entscheidung des Kreisgerichtes Leitmeritz trägt das Signum Co VIII 424/25 — 16 und ist samt der Begründung wörtlich im „Internationalen Metallarbeiter“ Nr. 39 vom 25. September 1926 abgedruckt.

Gatte.

Von Anna Wosgaard.

II.

Da es mit nicht möglich war, nach dem zweiten Schläge die Hand noch einmal freiwillig hinzubringen, sollte mir Ganne gewaltiam die Rechte austreten. Sie tat es nicht. Ganne blieb dabei ich hätte nichts getan. Er allein habe geschimpft und geschlagen. Und heid... mütig nahm sie die andern für mich schimmanten Zwickel, löste auch noch hin. Und konnte keine Träne. Nur die Zähne knirschten, als zerissen sie Knochen.
Am Abend lag ich an Hannes Bett und küßte die geschwollenen Hände! Die Kinderhände, die für Recht gekämpft hatten!
Ein andermal. Es war im Hochsommer. Unsere Waisensister machen eine Wagenpartie. Der ganze Hofraum lag voll Scheidholz. Zwei Wagenladungen. Drei Holzhader waren gekommen. Es wurde gelacht, gekocht, und dann mußte das gebaute Holz auf den Hausboden geschichtet werden. Das letztere war unsere Arbeit. Wir waren fünfzig Kinder. Alle mit hohen Füßen, so ging es im Gänsemarsch drei Treppen hoch vollbesetzt

mit Holzstücken. Mitunter ließ der Vordermann ein Stück fallen, da galt es die Füße zu sichern, darum hüpfen wir wie Sperlinge. Am Nachmittag machten wir eine kleine Pause. Wir fanden, wenn wir noch eine Stunde tüchtig arbeiteten, waren wir bis zum Abend fertig. So saßen wir jedes auf einem großen Holzloß und verzehrten gemächlich unser Stück trockenes Schwarzbrot. Da bekam einer der Knaben einen lustigen Einfall: Die Holzstücke alle rund im Kreise gelegt, ergaben eine prächtige Rannege. Zogespäne gab es in Hülle und Fülle, so war der Zirkus fertig. Erstige Stride waren bald herbeigeschafft, so galoppierten die „wilden Pferde“, die „Lenas-Pferde“, im Kreise herum und wurden mit dem Polso“ eingefangen. Dann schlugen die Knaben Pappelbäume, und wir Mädchen tanzten einen Reigen.
Aber wo war Ganne?
Ganne war verschwunden von der Bildfläche. Aber da kam sie ja! Gott, wie sah Ganne aus!
Die Holzhader liegen vor Lachen die Pfeife aus dem Munde fallen.
Das leidhaftige Buschweid, geradeiso, wie wir es auf dem Jahrmarkt gesehen hatten. Das prächtige Haar hing ihr zerzaust, wie eine Mahne um den Kopf; Gesicht, Hände und Füße waren robenischwarz. Dazu ihr grinsendes Gesicht und die flackernden großen Zähne!
So tunkte sie im Kreise herum und wälzte sich in den Zogespänen des — „Publikums“. Aber nicht genug. An der Pfeife des einen Holzhaders

setzte sie eine Zeitung in Brand und versuchte Feuer zu essen.
Wir lachten vor Vergnügen. Dabei sah Ganne geradezu schaurig aus. Mit rollenden Augen, in der Hand die brennende Fackel, so stand sie, als unerwartet der Wagen vorfuhr. Arme Ganne! Die Strafe war hart. Und wieder hatte sie kein Wort der Anklage, keinen Verriet sie. Alle Schuld schrieb sie sich zu.
Noch einmal, nach langen Jahren, hab ich Ganne wiedergesehen. Vor den Schranken des Gerichts, angeklagt des Kindesmordes.
Ganne, die Ganne mit dem goldenen Herzen sollte ein Kind, ihr eigenes Kind gemordet haben? Und doch lautet so die Anklage.
Wenn es auch kein gemeiner, grausamer Mord war, es war immerhin ein Mord. Mord, herbeigeführt durch Nachlässigkeit.
Rein und doch nicht! Das Schicksal Hannes Verhängnis, das ihr überall folgte, hatte das Kind getötet.
Nachdem Ganne konfirmiert war, hatte man sie als Madg auf ein Rittergut verdingt. Die Stadtdamen wollten Ganne nicht als Dienende in ihr Haus aufnehmen; sie sei auch zu abstoßend. Das eintönige Landleben ertragen?
Wie sie zu dem Kinde gekommen? — wie ist ein Wort über ihre Lippen gekommen.
Sei es, daß irgend jemand in seiner brünstigen Not den Weg zu Ganne gefunden. Sei es, daß sie im das Kämmerlein öffnete in ihrer bekannnten Art, dem Bedrängten beizustehen. Ja, wer weiß es? Doch eins steht fest. Das Leben ging

Danne denselben einseitigen Gang wie vorher. Wenigstens ließ sie niemanden einen Blick in ihr Seelenleben tun. Gelegentlich Leides schleppte sie sich mit ihren Futteremern, war des Morgens die erste, des Abends die letzte. Zurzeit der Kartoffelernte kam ihre schwere Stunde. Ganz allein ohne Hilfe gebar sie ihr Kind. Ja, wer hätte der vierströtigen Gestalt mit dem heroen Zug um den zugekniffenen Mund überhaupt angesehen, daß sie ein süßes Geheimnis berge...!
Als sei nichts geschehen, so nahm sie am Morgen nach jener qualvollen Nacht des Spates über die Säulter und schritt nach dem Kartoffelacker. Raub und kalt piffte der Herbstwind, die Kartoffeln waren eisigkalt und maßig angufassten. Erst als sie einen gefüllten Ead über den Acker schleifte und winnend zusammenbroch, trug man sie auf ihre Kammer. Dort fand man das tote Kind. Unter der schweren Weidede, die Ganne sorgfältig über das kleine Wesen gedreht, damit es nicht friere, indes sie ihrer Arbeit nachging, war es erstikt.
So war Ganne zur Kindesmörderin geworden.
Doch wer glaubte ihres?
Iag es nicht viel näher, daß die „verstoßte Person“ das Kind gewaltiam unter der Weide erstikt hatte, um sich der Bürde zu entledigen?
Kalten Blickes, so wie sie in der Kinderzeit die absehbliche Kartoffelsuppe hintergewürgt, klaglos, so wie sie stets für andere die Strafe trug, so nahm Ganne ihr Urteil entgegen

